sich — der Kampf steht noch vor uns und die Demokraten werden an Grausamkeiten den Monarchisten nicht nachstehen — auch die Erkenntnis im Proletariat Platz brechen, daß der Kampf der Arbeiterklasse dem Kapital in jeder Form gelten muß, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll. Daß die Macht des Kapitals und diese furchtbar ekelhaften Zustände ihre Wurzel haben im kapitalistischen Privateigentum.

Diese Erkenntnis ist eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse und bedeutet den Tod des Kapitals, mit seiner demokratischen Republik. Hie Kapital — hie Arbeit! Einer muß auf dem Platze bleiben.

Ihr naht Euch wieder schwankende Gestalten.

Die Situation gleicht der von 1918 in erschreckender Weise. In dem Sumpf des Einheitstrommels gedeihen natürlich am üppigsten die Sumpfparasiten. Am sichersten und schnellsten erfassen die Situation natürlich diejenigen, denen die Illusionen der Proletarier Lebenselement ist.

Als im November 1918 der Militarismus zusammenbrach, da wurde durch diese Erscheinung der wahre Charakter des Kapitals und vor allen Dingen der Zusammenbruch der kapitalistischen Profitwirtschaft verschleiert. Die einzig richtige Parole: „Die Diktatur des Proletariats", fand im Proletariat nicht die genügende Unterstützung. Das revolutionäre Proletariat wurde niedergeschlagen und ein furchtbares Blutbad angerichtet — unter der Führung der „Volksbeauftragten".

Die Parole aller derer, die die treibenden Kräfte erkennen, die zum Zusammenbruch führen, die aber aus dieser Situation erkennen, daß Ministersessel in Aussicht stehen und gar nicht daran denken, das Proletariat auf seine Aufgabe vorzubereiten — weil sie ihre Existenz eben immer als die Kardinalfrage betrachten — ist heute wieder die „Arbeiterregierung".

Die USP. hat bereits zugesagt und meint in einem Aufruf an ihre Mitglieder:

„In dieser Situation erfordert es die Einheit des Proletariats, daß auch die Unabhängige Sozialdemokratie bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen in die Reichsregierung einzutreten und damit die Exekutive in die Hand zu nehmen.

Der eventuelle Eintritt von Unabhängigen Sozialdemokraten in die Reichsregierung wäre ein **außerordentlicher** Schritt in einer **außerordentlichen** Situation."

Da darf natürlich die KPD. nicht fehlen. Sie gibt gleich praktische Fingerzeige für den Verdummungsfeldzug, den man in dieser „außerordentlichen Situation" gegen das Proletariat zu führen hat. In der „Roten Fahne" vom 1. Juli reitet Koenen eine Attacke um zu nicht zu spät zu kommen. Nach der Eröffnung, daß „sozialistische Regierung" ganz etwas anderes wäre, als „Arbeiterregierung" meint er:

„Flügten sich die bestehenden Organisationen des Proletariats in diese Bewegung ein, ja gingen sie ihr bewußt voran, so könnten sie jetzt die Arbeiterregierung durchsetzen und schaffen. Zunächst sogar verfassungsmäßig. Selbstverständlich sähe sie im Parlament keine Mehrheit. Sie dürfte auch gar nicht danach trachten, im heutigen Reichstag eine Parlamentsmehrheit zu finden. Und ist ihr beschlossenes Kampfprogramm gegen die Reaktion nicht akzeptiert — dann Reichstagsauflösung — und gleichzeitige Schaffung einer, wenn auch zunächst nur provisorischen Arbeitermilz. Mit ihr erst kann man die Ausnahmeverordnung gegen die Monarchisten durchführen. Dann heißt es die Vereinbarungen der Arbeiterorganisationen auszuarbeiten und sofort als Verordnungen mit Gesetzeskraft herauszugeben. Das geht sogar alles noch verfassungsmäßig".

Alles verfassungsmäßig. Schutz der Republik! Vier Jahre Revolution liegen hinter uns, mit ihren Volksbeauftragten, deren erste Aufgabe war, das bürgerliche Privateigentum heilig zu sprechen. Vier Jahre blutiger Erfahrungen, Enttäuschungen, Niederlagen. Vier Jahre ist die Sozialisierung marschiert und nur Arbeit konnte uns retten. Aber die vier Jahre waren eine glänzende Zeit für alle Parlamentshelden und Gewerkschaftsstrategen und -Anwärter.

Sie nahen sich wieder, die Gestalten des 9. November, und wollen das Proletariat durch einen widerlichen Wahlrummel ablenken. Wehe dem Proletariat, wenn es aus den blutigen Erfahrungen nicht zu lernen vermochte und den Ruf Karl Liebknechts: „Alle Macht den Räten" nicht begreifen will.

Die Elastizitätsmänner der KPD.

Arbeiterregierung.

(Schluß)

Der Kommunismus kann ruhig zum Teufel gehen, das Proletariat kann an der Straße verrecken, wenn nur die besonders Scharfsichtigsten ungestört leben können als „Proletarierführer", also die Lebensbedingungen des Proletariats, es ist ihm Nebensache, zwischen der Spekulation eines Dreimannes auf ein gutes Stückchen Papier und der Spekulation eines Riesenbürgers auf eine Pfründe in der Arbeiterbewegung. Beide Arten haben einen gemeinsamen Charakter und können nur einen Wunsch hegen: daß jene, die schon jetzt Ministerposten der bürgerlich-kapitalistischen Welt, Demokratie inclusive, besetzen, der proletarischen Revolution in den Perlen der KPD. über „sozialistische Arbeiterregierung" einen Kaltwasser. Man sagt nur allzuoft auf jüdisch: Wenn es Ihnen nicht gefällt, so können Sie ja gehen. Aus diesem Grunde, die gemeinsamen der Arbeiterklasse von Entscheidung zu Entscheidung führen. Die Anhänger der KPD. auf die Zeitungen der Arbeiterparteien reflexen sich unter Umständen Wegfall Verwirrung und Unsicherheit hervorrufen und hemmen den Fortschritt der Bewegung. Die KPD. war der lebende Widerspruch von Anfang und Ziel und ist nun der Untergang.

Jahr- und hundertausendfältig hat man am Dienstag die Illusionen auf Stühlen und Mächten zusammengeschoß. Der bürgerlich-parlamentarische Arbeiterblock der SPD., USPD. und KPD. verschaffte dem bedrohten Arbeiter die Zuversicht des deutschen Tempels: „Extreme Dich nicht". Und wenn der Kommunistische Reichstags Paul Böttger das Gesetz verfluchte: „Sozialdemokratische Arbeiterregierung!" und in diesem Mittel betonte: „Das Proletariat setzt, daß es parlamentarisch-demokratische Positionen benutzen und ausbauen muß, um seine politische Machterweiterung durchzusetzen" so ist damit der Dunst der revolutionären Phrasenfolge verflogen und brutal ehrlich der Reformcharakter der KPD. hervorgetreten.

Diese Verkennung der inneren Bewegungsgesetze des Kapitals ist nur der Ausfluß einer Theoretiker-Unfähigkeit, über die man sich unter Einreihung in die Kategorie „opportunistische Zeitungsreiter" nicht weiter aufzuhalten braucht. Man kann flottste Kalkulationen auf diese politischen Rechnitzen in der Broschüre „Sozialreform oder Revolution" von Rosa Luxemburg nachlesen.

Die Einreihung der KPD. in den bürgerlich-parlamentarischen Arbeiterblock hat sich vollzogen. Die letzten Beschlüsse des Zentralausschusses der KPD. und die praktische Politik der KPD. schufen eine Grundlage für die Vergemeinschaftung der konkurrierenden Brüderschaften SPD., USP. und KPD. Die historische Tätigkeit dieses bürgerlich-parlamentarischen Arbeiterblockes besteht in einer Fesselung des revolutionären Arbeiterbewusstseins in erstarrten Formen, in formalistischem Bau von Dämmen und Kanalisationsanlagen, die die tosendsten gesellschaftlichen Reibungselemente des Klassenkampfes einengen und zerstreuen, in einer fetzen Umgangung des Geistes der Selbstbefreiung und des Heldenmutes der Arbeitermassen, in einer fortlaufenden Erklärung von Zeitgenossen für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft und der damit verbundenen Hinausschiebung von ungeahnten Proletariern in den Rachen des schleichenden Todes und in letzter Konsequenz in der Leugnung der Notwendigkeit der Revolution führt.

Klar und deutlich steht die Situation vor der KPD. Die Frage der Arbeiterregierung ist die konterrevolutionäre Parole des bürgerlich-parlamentarischen Arbeiterblockes zur Fortsetzung des wirtschaftlichen und politischen Betruges der Unterdrückten. Eine Arbeiterregierung auf der heutigen Stufe der Kapitalsbewegung und der täglichen Proletarisierung tausender Existenzen bedeutet keinen historisch fortschrittlichen Prozeß gegenüber dem reaktionären Imperialismus, sondern eine Zurückwerfung der proletarischen Revolution und eine tiefgehende Demoralisierung der Arbeiterklasse. Eigentlich sind in diesem Stadium der Bewegung die Aufgaben der KPD. In geschlossener Wucht steht sie die bürgerliche Konterrevolution und deren Trommel, der bürgerlich-parlamentarische Arbeiterblock gegenüber. Aufhalten im Rade, hat in der Zeit und unbeirrbaren im Herzen muß dieses Stadium durchwandert werden im Interesse des Proletariats, im Interesse der Weltrevolution. Jede Weile aber organisatorische Bindung, und sei es in einfachster Form, an den bürgerlich-parlamentarischen Arbeiterblock bedeutet in diesem Stadium der Bewegung mit seiner Lethargie und Wankelmütigkeit wird die KPD. beweisen, daß sie hohnlachend und kopfschüttelnd an den kurzsichtigen Gedanken der Elastizitätspolitiker vorübergeht, und die geschichtliche Kriegerin bewußte, proletarischen Schaffens ist.

Der Streik der Buchdrucker.

Der Streik der Buchdrucker hätte eigentlich keine größere Bedeutung — diese Art von Lohnstreiks kommen täglich vor — wenn er nicht in die Periode des „Kampfes gegen die Reaktion" fäte. Die Buchdrucker streiken, weil sie mit ihrer mustergültigen Organisation so ins Hintertreffen geraten sind, das sie heute mit zu den schlechtbezahltesten Proletariern gehören. Sie legen also die Arbeit nieder um ihre Lebenslage zu verbessern. Forderung ist 300 Mark wöchentliche Zulage. Wir wollen hier nicht weiter begründen, daß die Buchdrucker ebenso wie jede andere Arbeiterkategorie eine Erhöhung ihrer Löhne verlangen müßten, um sie der Geldentwertung anzupassen. Statt dessen geht natürlich die Erhöhung nach der entgegengesetzten Seite. Das wird von niemanden mehr bestritten, sondern die Buchdrucker sagen selbst „wir sind noch nicht so weit".

Nach den eigenen Worten der Buchdrucker führen sie jedoch eigentlich einen Kampf gegen das Kapital. Sehr viele von den Buchdruckerarbeitern sind eben selbst noch in der Gestalten-Gewerkschaft organisiert, das heißt: Proletarier und Kapitalist sind in ein und derselben „Klassenkampforganisation". Eine vollendetere Demokratie ist also schlecht denkbar. Wie die Buchdrucker glauben können, diese Weise einen Kampf gegen das Kapital führen zu können, ist nur aus ihrer ganz geistigen Tod hervorgegangenen Einbildung zu begreifen. Das alles ist bei dem heutigen Proletariat nichts neues. Interessant ist nur, wie sich Demokraten aus purer Demokratie oder u. a. W. im Interesse der Demokratie die ganze Arbeiterklasse bilden wollen.

Die Buchdrucker haben nämlich beschlossen, das keine andere Zeitung und somit keine andere Meinung als die ihrige verbreitet werden soll, während sie streiken. Nun ist die Unterdrückung der bürgerlichen Presse von seiten der Buchdrucker eine überaus lobenswerte Tat. Da sie in dieser Beziehung bei dem Kampf der Arbeiterklasse ihren Mann stehen, das ist allerdings eine andere Frage. Es soll auch nicht untersucht werden, ob das Erscheinen der „Freiheit" und „Rote Fahne" der Aufklärung des Proletariats dient. Aber vom rein prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet, es der reine Zynismus, erstens auf die Demokratie als solche, die die Buchdrucker mit Händen und Füßen verteidigen, und zweitens ist es ein starkes Stück Selbstüberhebung, wenn man keine andere Zeitung für den Proletarier denkt, als den „Vorwärts". Denn das mit dem „Mitteilungsblatt" ist doch ein höchst saurer Zauber.

Die SPD., die dahinter steckt, sie hat durch diese Tat wieder einmal die Revolutionierung der Gewerkschaften in rechte Licht gerückt, indem sie den Revolutionären Mund, das Maul verbindet. Das revolutionäre Proletariat braucht jedoch gar nicht daran, sich in der heutigen Zeit vor den Wagen der Kleinbürger spannen zu lassen, denn daß die Buchdrucker an letzter Stelle marschieren, ist wirklich nicht maßgebend für den proletarischen Klassenkampf.

Es lebe die Demokratie!

„Dziennik Berlinski", Berlin, Nr. 139 vom 27.6. schreibt u. A.: „Ist es nicht eine geradezu unglaubliche Tatsache, daß hier im republikanischen Deutschland im 20. Jahrhundert solche Zeremonien abspielen, daß der Monarchie der Tod geläutet wird? . . . Ist es möglich, daß von der Kanzel der Kirche herab die Losung verkündet wird: Unser Orden (lies Orgesch) lebt und entwickelt sich . . . Und es wird unsere Organisation der Tag der Wiedererstehung kommen. Der Palast in Doorn, dessen Herrn wir heut das Treugelöbnis ablegen, wird sich wieder beleben und im Glanze erstrahlen. Und als Rathenau zum Demaskenfest gestohlen wurde, blasen in Potsdam die Fanfaren zu Ehren des Prinzen Friedrich von Preußen und Hindenburgs. Freue dich Nation! Le roi est mort, vive le roi! (Der König ist tot, hoch der König!) Und das alles vor den Augen der republikanischen Regierung!"

USP.- und KPD.-Führer! Hoch die Herzen! Vive la République! Hoch das „freieste" Land der Welt — Konterrevolutionäre! Hoch das Land in dem Tausende Arbeitern in den Zuchthäusern schmachten!

Amerika.

Auch den bisher vorliegenden Meldungen haben in den Vereinigten Staaten 400 000 Bergarbeiter der Eisenbahn die Arbeit am 1. niedergelegt. Am 3. Juli haben sich ihnen auch die Streikenden angeschlossen. Man rechnet damit, daß auch das Fahrpersonal in den Streik tritt. Die Bahnverwaltungsgesellschaften der Vereinigten Staaten haben sich mit Streikbrechern zu versehen.

Zur Belegung des Bergarbeiterstreiks hat die Regierung Mannig den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie Bildung eines „schiedsgerichtlichen Ausschusses" vorgeschlagen. Die Grubenbesitzer der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben sich am selben Tage versammelt, um über diesen Vorschlag Regierung zu beraten.

Die Kehrseite der Medaille.

„Die Mark gilt heute kaum mehr einen Pfennig der Vorkriegswährung. Der Dollar stellte sich an der Berliner Börse am Montag nach amtlicher Notierung auf rund 420 M., zeigt aber noch weitere steigende Tendenz und wurde z. B. im Freiverkehr zwischen den Banken gestern vormittag mit 430 bis 440 bezahlt. Auch der letzte amtliche Kurs kann nur dadurch zustande, daß die Reichsbank erheblichen Devisenbestände abgestoßen hat, um der künstlichen Aufwertungsbewegung freien Denken Halt zu gebieten. Das Tempo der Markverschlechterung ist immer noch unheimlich. Die Fortsetzung Dollarkurs kann nur bei schon gespannten innerpolitischen Lage der Dollar mit rund 320—330 bezahlt wurde, einen Preis, der die höchsten bei der Devisenpanik November vorigen Jahres erzielten Dollarkurse nur wenig überschreitet. Das Ausmaß der Zusammenhang der jetzigen Markverschlechterung mit der politischen Situation. Mit dem neuerlichen Anschlag gegen die Republik ist die Entwertung der deutschen Währung in ein neues Stadium getreten."

Dies kommt natürlich aus dem „Nachrichtenblatt" „Vorwärts" vom 5. Juli. Die Proletarier, die zu verstehen, werden aus dieser Weisheit folgendes entnehmen: Infolge der schon damals hochgespannten politischen Situation entstand der Mord. Der Mord hat wiederum die Situation verschärft und die Mark herabgedrückt. Auf Grund der jetzigen Situation entstand eine neuer Mord, der nicht zu vermeiden ist. Die Folgen müssen natürlich eine immer noch Verschärfung der Situation sein, in der sich die Mörder und

Man muß natürlich den Proletariern sagen, daß Hugenbergs und der kapitalistischen Wirtschaft ein Werk ein paar Narren ist, wie der Krieg ein Werk von ein paar Leuten war. Denn wenn die Proletarier einmal erkennen würden, daß der Kapitalismus als System dem Tode geweiht ist, so würden alle Beschönigungen der demokratischen Regierungen den Kredit verlieren.

An unsere Leser und Abonnenten!

Infolge des Buchdruckerstreiks in Berlin waren wir gezwungen, die „AZ." die wir unter den schwierigsten Umständen zustellen gezwungen waren, vorläufig einzustellen zu müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrlich. — Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands. — Druckerei: G. Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei, Berlin S 42.

Jeder
klassenbewußte Arbeiter
liest und verbreitet die
Kommunist. Arbeiterzeitung
Verlag: Landsberger Straße 6.

Genossen!
Sammelt für den
Pressefonds!

3. Jahrg. Nr. 49. Preis 3 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags
Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40029.

Abonnementspreis für Groß-Berlin 25 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 32,— M. monatlich, nach dem Ausland 60,— M. monatlich.

Ein neuer Triumph der Gewerkschaften

Man kann schon mit einiger Sicherheit annehmen: Wenn die Gewerkschaften auf die politische Bühne treten, dann droht der Arbeiterklasse Unheil. Das Blatt hat sich gewendet. Während die Gewerkschaften früher ihre absolute Neutralität bei allen Gelegenheiten betonten, mischen sich jetzt die Fälle, wo die Gewerkschaften aktiv in die Politik eingreifen. Dies ist jedoch stets, wie dies die Erfahrung lehrt, ein sicheres Vorzeichen für die Niederlage der Arbeiterklasse.

Die letzte „Aktion" zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Skrupellosigkeit auf, mit welcher ein verknöcherter Bureaukratentheer die Illusionen des Proletariats auszubeuten weiß. Mit welcher Raffinesse sie bie durch die Stöße der Krise des Kapitals in Bewegung gebrachten Proletariermassen fester in ihren Schlingen zu fangen weiß, mit dem offensichtlichen Bestreben, eine Rebellion des Proletariats überhaupt unmöglich zu machen, um so die Voraussetzungen für schrankenloseste Kapitalsdiktatur zu schaffen.

Es ist notwendig, ein klein wenig zurückzugreifen auf die Situation vor der Aktion und sich die Denkschrift der Anleihekommission ins Gedächtnis zu rufen. Ein wesentlicher Punkt für das Nichtzustandekommen dieser Anleihe war nach Angabe der Kommission, daß die Gefahren eines sozialen Umsturzes noch nicht beseitigt waren". Der „Vorwärts" brüllte noch nach dem Scheitern dieser Anleihe sein „Erfüllung trotz alledem" in die Welt. Aber zu diesem „Erfüllen" gehört nun einmal diese ins Unaussprechliche geteilegerte Ausbeutung und Ausbeutung des Proletariats, die eben gerade die Gefahren eines sozialen Umsturzes in sich trägt. Die Aufgabe der Gewerkschaften als die Rekrutierungsbasis der Aufbauarmee ist deshalb leicht zu erkennen: Sie haben die Aufgabe, unter allen Umständen diese Gefahren zu bannen mit allen Mitteln. Da offene Brutalität ungleich gefährlicher ist und viel leichter zur Entlarvung führt, wählt man natürlich mit Vorliebe die Methode des Betruges, indem man in bestimmten Situationen gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien ein Gesetz gegen „die Feinde der Republik" einbringt, von dem man weiß, daß es doch doch nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet sein kann.

Die Rathenau-Affäre hat besser und gründlicher als alles andere den Bankrott des bürgerlich-demokratischen Deutschland offenbart. Der Dollar, dessen Kurs überhaupt nur einigermaßen richtig festgestellen werden könnte, wenn es möglich wäre, die jemeilige Höhe vor Expedition der Zeitung einzusitzen, schwankt zwischen 5—600. Eine geradezu erstickend wirkende Teuerungswelle zieht niederdrum herauf, unerbittlich und grausam. Poincaré hat erst kürzlich wieder in einer seiner berühmten Reden auf die Verpflichtungen hingewiesen, die das demokratische Deutschland hat und daß keinen Zweifel daran gelassen, daß es keinen Pardon gibt. Die Proletarier werden von neuem durcheinandergeschüttelt, vom Sturm der Zeit gepeitscht und aufgepeitscht. Die Kohlenarbeiter schlagen die meisten Anschläge ihrer Gewerkschaftsführer einpeitscher in die Luft. Nicht nur, weil sie nicht wollen, — sondern nicht mehr können. Die neue Getreidepolitik wird bald den Brotpreis verdoppeln und multiplizieren. Und nur durch die weitere rasende Entwertung der Mark ist eine Möglichkeit für die Aufrechterhaltung der Produktion noch gegeben, bis die Unmöglichkeit der Einfuhr von Rohstoffen und diese trotzdem unmöglich macht, die Berösterreichung Deutschlands in das akute Stadium tritt und die Katastrophe offen hereinbricht. Der „Vorwärts" vom 8. Juni hat natürlich wie immer nur eine Meinung, das ist, „die Arbeiterschaft habe Interesse daran, dieses Treiben hintanzuhalten, indem sie sich nicht provozieren läßt, sondern ihrerseits auf die Aufrechterhaltung der Ruhe hinwirkt".

Der „Kampf gegen die Reaktion" ist in das leicht vorherzusehende zweite Stadium getreten, in das Stadium des Katzenjammers. Zwei Punkte waren es in der Hauptsache, auf denen alle Phraseure, hauptsächlich die Hammrifte der KPD., herumritten: Die Amnestie für politische Gefangene" und das Gesetz zum Schutz der Republik. Der erste Punkt ist stets der Punkt gewesen, mit dem man sich dem Proletariat als der Freund nahte, um das Vertrauen zu gewinnen. Es ist der Köder, mit dem man alle in die Falle locken will, um ihnen auch das, was man mürrisch durchzuführen gedenkt, schmackhaft zu machen. Denn auf was es den Gewerkschaften hauptsächlich ankam, das ist das Gesetz zum „Schutz der Republik", von dem sie wußten, daß es ein Gesetz zum Schutz der Gewerkschaften und ein Zuchthausgesetz gegen das revolutionäre Proletariat werden soll.

Was nun?

Der Kampf „gegen die Reaktion" ist in sein zweites Stadium getreten. Es wiederholt sich eine längst bekannte Erscheinung. Die erste Phase ist stets gekennzeichnet durch eine Hurrastimmung ohne Einsicht in die Bedingungen. „Einigkeit", Resolutionen, Demonstrationen, Musik und Gesang, kritiklose Unterordnen unter die „Spitzenkörperschaften" und strikites Befolgen deren Befehle; eine wahre Pogromstimmung gegen alle, die diesen Betrug durchschauen und aufzeigen, das sind die Kennzeichen der ersten Phase der „Schlacht".

Auch diesem ersten Stadium folgt dann regelmäßig die Periode, in der wir uns gegenwärtig befinden, die Periode des Katzenjammers. Zur Ueberraschung der Proletarier erscheinen eines schönen Tages Aufrufe der „maßgebenden Körperschaften", als Anzeichen des Abschlusses, in denen dem Proletariat bestätigt wird, daß sie richtig gehandelt haben. Mit dem Lob ob der wundervollen Disziplin ist man selbstverständlich nicht sparsam. „Denn — so liest der staunende Proletarier — sonst wäre der „Sieg" nicht möglich gewesen, haltet euch bereit, bis wir euch wieder rufen!"

In den Reihen der Proletarier beginnt dann das übliche Schimpfen über die Führer, die das Proletariat zum soundsovielten Male verraten hätten. Man zählt die im ganzen aufgestellten Punkte, und die KPD. benutzt dann diese Gelegenheit, die Proletarier darin zu bestärken, daß die ganze Sache eine Führerangelegenheit ist, und daß es darauf ankäme, KPD.-Führer an die Stelle der Führer zu setzen. Die revolutionäre Phrase ist das typische Kennzeichen der „linken" parlamentarischen Konkurrenz.

Schon die Tatsache, daß die Zentralkomitees von einem „Sieg" reden und die Proletarier immer noch hoffen, daß es erst richtig „losgehen" soll, bestätigt, daß eben die Führer etwas ganz anderes wollten als die „Gemeinen", und dies ist auch bei der letzten „Aktion" offensichtlich zutage getreten.

Die Führung bei dieser „Aktion" lag in den Händen der Gewerkschaften. Welche Interessen vertreten die Gewerkschaften? Die Gewerkschaften sind Träger des kapitalistischen Staates und wollen durch die „Erfüllungspolitik" die Voraussetzungen für den kapitalistischen Wiederaufbau schaffen. Die Gewerkschaften erstreben die Festigung der kapitalistischen Verfassung. Sie sehen in dem Vorstoß der feudalen Kaste eine Störung der „Ruhe und Ordnung". Ihr Ziel ist: Die Sicherung der demokratischen Republik, um die Politik der Erfüllung, die nur auf Kosten der Arbeiterklasse noch eine Zeit fortgeführt werden kann, fortsetzen zu können. Dies ist das Ziel der Gewerkschaften und kapitalistischen Parteien. Die Haltung der Deutschen Volkspartei, die jetzt durch das „Gesetz zum Schutze der Republik" veranlaßt hieht, in die Regierung einzutreten, ist der schlagendste Beweis. Das Proletariat marschiert also zusammen mit dem Kapital, solange es den Gewerkschaften und deren Zuhältern folgt und hilft die Zitadelle der kapitalistischen Ausbeutung befestigen; und weiter nichts. Die Interessen der Arbeiterklasse sind den Interessen des Kapitals jedoch entgegengesetzt. Der Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse ist eben der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Was sich jetzt abspielt hinter den Kulissen, das ist der Streit um die Haut des Bären. Von der USP. bis zur Partei der Schwerindustrie wird öffentlich einheitlich die These vertreten: Die einzig mögliche kapitalistische Staatsform das ist die Demokratie. Die Schwerindustrie hat die Zeit der Zeit ebensogut erkannt wie die USP. Die USP. hat die letzte revolutionäre Phrase bestestie geworfen und die DVP. die letzte monarchistische Phrase. Alles ist Demokrat und reicht sich die Bruderhand. Es ist vollkommener Unsinn, dem Proletariat vorzureden, daß man gemeinsam mit der DVP. keine Regierung bilden will. Eine Regierung, die auf dem Boden der kapitalistischen Verfassung steht, ist eine Klassenregierung gegen das Proletariat. Mit Demokraten und Zentrum gegen eine bestimmte kapitalistische Gruppe regieren zu wollen, ist ebenfalls Unsinn, als eine „Arbeiterregierung" gegen das Kapital. Die Arbeiterklasse hat mit der Kapitalistenklasse nichts gemein, und jeder Versuch, auch nur ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen, ist Selbstmord.

Die bürgerlichen Demokraten und die Gewerkschaften haben ihr Ziel erreicht. Sie alle stehen und fallen mit der demokratischen Republik. Diese gilt es zu verteidigen, gegen welcher Seite die Angriffe auch kommen mögen". Die Angriffe können jedoch nur kommen von der Klasse des Proletariats, die in ihrer Existenz bedroht ist, die durch die Konzentration des Kapitals sich stets vermehrt, die dadurch als aufsteigende Klasse geschichtlich berufen ist, die kapitalistische Ordnung zu stürzen und die an dessen Stelle stellen muß die kommunistische Ordnung.

Der Klassenkampf des Proletariats hat jedoch zur Voraussetzung, wenn er keine Farce sein soll, die Trennung von der Arbeiterklasse, ideologisch und organisatorisch. Ideologisch dadurch, daß das Proletariat begreift, das es mit den Bourgeoisie nichts, auch gar nichts gemein hat, daß die herrschende und ausbeutende Klasse der Todfeind des Proletariats ist. Organisatorisch durch die Zertrümmerung derjenigen Organisationsgebilde, durch die das Proletariat an die Bourgeoisie und seinen Staat gekettet wird, und die Schaffung der Räteorganisation, der Allgemeinen Arbeiterunion in den Betrieben, und den Zusammenschluß als Klasse zum Kampf um die Herrschaft der Arbeitenden, deren Ziel sein muß die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums. Solange jedoch das Proletariat seine eigenen Interessen nicht begreift und seine historische Aufgabe nicht erkennt, solange wird es abwärts gehen, solange wird es nichts mit der Revolution.

Was das „Amnestiegesetz" anbetrifft, so ist, wie vorauszusehen war, die Formel bereits gefunden. Es gibt „gemeine" und „politische" Verbrecher. Die „gemeinen" Verbrecher, das sind revolutionäre Proletarier, und die „politischen" Verbrecher, es sind die Hakenkreuzler und Antisemiten, das sind die, die im Auftrage der demokratischen Republik jengend und brennend durchs Land zogen und zum Zeitvertreib auch mal rebellierten. Da Schutz der Republik nur gewährleistet ist, wenn man die Ordnungsbestien stets zur Verfügung hat, muß man ihnen natürlich auch einige Dummheiten verzeihen.

Das Gesetz zum Schutz der Republik" gefällt der Stinnespartei so gut, daß sie es als eine sehr brauchbare Regierungsgrundlage ansieht und sich bereit erklärt, kräftig mitzuregieren, um die Verfassung zu schützen, so daß die „Linksparteien" ganz empört sind über den guten Willen der Stinnespartei. Die Front derer, die mit diesem Gesetz regieren und die „Exekutive" in die Hand nehmen wollen, ist schon so breit, daß das Proletariat vollständig überflüssig geworden ist. Von der Deutschen Volkspartei bis zur KPD. schützt alles die Republik. Ein wahrhaft grandioses Schauspiel. Man fängt sogar schon an auszumustern und hat die KPD. hinausgeworfen. Die letztere ärgert sich jetzt unheimlich, daß sie ihre Unterschrift zu diesem Antikommunistengesetz gegeben hat, wie sie es jetzt selbst nennt. Es ist eben keine Gemeinheit zu groß, wenn Ministersessel winken, wenn der „Kampf" der KPD. gegen den Verrat der SPD.-Führer ist mindestens ebenso ehrlich gemeint wie die Unterschrift unter das Zuchthausgesetz.

Die Gewerkschaften als die Befürworter und Stützen der Erfüllungspolitik haben diesem Gesetz einen neuen Stein zur Zuchthausvorlage hinzugefügt. In diesen Tagen ist das Arbeitszeitgesetz verabschiedet worden. Die Schlichtungsordnung ist unter Dach und Fach. Gesetzlich verboten wird jedoch bisher noch nicht das Reden von den Proletariern, die der Arbeiterklasse einen Ausweg zeigen. Mit diesem Gesetz ist verboten, öffentlich auszusprechen, was häufsiche sozialistische Literatur sagt. Mit diesem Gesetz ist die Arbeiterbewegung bis heute aus der Geschichte ausgelöscht. Der Kampf des Proletariats ist Unsinn, denn das Proletariat wird durch seine „Klassenkampforganisationen" verpfiffiert, den kapitalistischen Staat zu schützen. Erlaubt ist das Brüllen über die bösen Kapitalisten. Erlaubt ist das Krakehlen in den Kaiserlichen Theatern, Parlamente genannt. Erlaubt ist das Aufstellen von Parolen in beliebiger Zahl, das Demonstrieren und das Singen. Erlaubt ist, daß sich die Proletarier von der demokratischen Meute über den Haufen schießen lassen, — Aber verboten ist auszusprechen, was ist.

Der Kurs der Gewerkschafts- und Parlamentspolitik zeigt von 1914 bis heute eine ganz konsequente Linie auf. Als nach dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus die Gewerkschaften — die keine andere Aufgabe mehr kannten als den Sieg des deutschen Imperialismus und zu diesem Zwecke willige Zuhälterdienste leisteten — vor einem Trümmerhaufen standen, da haben die deutschen Proletarier — einen kurzen Augenblick wenigstens — einmal darüber nachgedacht und über die Frage diskutiert. Es schien in der Tat, als wenn diese Seryen nicht ganz sinnlos gewesen wären. Doch das heutige Proletariat war noch voll von Illusionen und wurde die Geister der Vergangenheit nicht los. Der neue Kurs

Rußlands, der mit der Gewerkschaftsfrage seinen Anfang nahm dadurch, daß die Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" von dem einzig revolutionären Zentrum ausging, hat — damals als Kraft- und Richtquelle des revolutionären Proletariats — den Sozialimperialisten die allerbesten Dienste geleistet, was die Irreführung des Proletariats im kritischen Stadium anbetrifft. Und von dem Burgfrieden der Kriegszeit über die Zuchthausgesetze der Revolutionszeit bis zum „Gesetz zum Schutze der Republik" kann jeder, der sehen will, an jeder einzelnen Tat sehen: Der Sieg der Gewerkschaften ist immer gleichbedeutend mit einem Sieg der Bourgeoisie über das Proletariat. Und das Verbleiben der Gewerkschaften zum kapitalistischen Staat; es ist dasselbe, wie das Verhältnis aller „Gewerkschaftseroberer" zu den Gewerkschaften selbst. Die Devise ist: „Proletarierführer" sein, ohne die Lebensbedingungen des Proletariats zu stellen. Den „Revolutionär" nimmt, indem man durch die Fesselung des Proletariats durch die Gewerkschaften die Revolution selbst erwürgt. Der Aufstieg in Würden und Amt im kapitalistischen Staat blüht eben nur denen, die sich als gerissen genug erweisen, im Interesse des Staates dem Proletariat die Kandare anzulegen und das Proletariat für die Interessen des Staates selbst einzunehmen, ohne das für den fortgesetzten Verrat notwendige Vertrauen zu verlieren.

Der neueste Triumph der Gewerkschaften über das Proletariat kann durch nichts mehr überboten werden. Durch das „Gesetz zum Schutze der Republik" sind eigentlich alle vorhergegangenen Zuchthausgesetze überflüssig geworden. Wenn heute ein übermütiges Unternehmertum Tausende von Proletariern aussperrt und verhungern läßt — die Aufgabe des Proletariats ist, die Republik zu schützen, die kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten und sich selbst zu vernichten, auf daß die Republik zum Orgesch Gnade lebe.

Die Gewerkschaften sind sich selbst treu geblieben, indem sie vor aller Welt dokumentierten und vor allen Dingen auf den Wink der Entscheidungsmission reagierten, daß sie den „Gefahren eines sozialen Umsturzes" mit allen Mitteln begegneten, von neuem den Satz erhärtend, daß ihre programmatische Grundlage bildet:

Die Tatsache, daß die Gewerkschaften der einzige feste Damm gegen die bolschewistische Flut sind, bleibt bestehen." (Korrespondenzblatt d. SPDD. Nr. 1.)

Die letzte „Aktion" bedeutet für die Gewerkschaften einen vollen Erfolg auf dem Wege der Niederhaltung und Knebelung der Arbeiterklasse. Aber diese „Erfolge" der Gewerkschaften scheinen erst die unumgängliche Voraussetzung für die Selbstfesselung des Proletariats zu sein. Es scheint in der Tat, als wollte das Proletariat den Kelch bis zur Neige leeren, ehe es seinen Feind erkennt.

Die Konferenz im Haag

Das französische Kapital arbeitet fieberhaft, an Stelle der gescheiterten Anleihe für die Konferenz im Haag einen Plan auszuarbeiten, welcher ihm trotz der dadurch gehobenen wirtschaftlichen Stellung der deutschen Industrie einen sicheren Schutz bieten soll. Es hat eingesehen, daß es sich durch seine Weigerung einer Herabsetzung der Reparationssumme in eine völlig unmögliche Situation versetzt hat und daß es diesen Standpunkt nur kurze Zeit halten kann. Es weiß, daß das deutsche Kapital ohne diese Anleihe nicht zahlungsfähig ist, weil sein Produktionsapparat immer mehr zusammenschrumpft. Das französische Kapital ist aber auf die Ausbeutung der deutschen Wirtschaft angewiesen. Es gilt nur, dem durch die Anleihe möglichen industriellen Aufschwung zu begegnen. Das deutsche Kapital bekäme Luft und hat es in der Hand, seine Produktionsmittel auf den heutigen Stand der Technik zu bringen. Diese neuen Einrichtungen würden eine bedeutende Ueberlegenheit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt mit sich bringen. Diese Gefahr, welche noch durch die anerzogene Bedürfnislosigkeit des deutschen Proletariats vergrößert wird, hat das französische Kapital erkannt.

Das französische Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat einen Plan zum Ausbau der wirtschaftlichen Hilfsmittel Frankreichs ausgearbeitet. Die Gesamtkosten dieses Programms werden auf rund 18,9 Milliarden Franken abgeschätzt. Das sind etwa 4 Milliarden Goldmark. Die von Deutschland zu entrichtenden Naturalleistungen betragen 4 Milliarden. Charakteristisch an diesem Plan ist, daß die Arbeiten nicht für den Aufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, sondern im Gegenteil die Produktivkraft der hochindustriellen Gebiete heben soll. In den französischen Zeitungen wundern sich, daß man es „in Frankreich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete weit weniger eilig zu haben scheint". Der Grund liegt einmal in der Notwendigkeit, mit der deutschen Industrie konkurrenzfähig zu bleiben, dann aber auch darin, aus der Tatsache der Zerstörung dieser Gebiete immer wieder das Verlangen nach Reparationen herleiten zu können. Der Aufbau der Industrie in den zerstörten Gebieten könnte nicht mit sofortiger Wirkung die Lage der französischen Produktion verbessern. Gerade auf dieses „sofort" kommt es aber an. Der Ausbau der französischen Wasserkräfte und ihre Umwandlung in elektrische Kraft, die Regulierung der französischen Flüsse, die Erweiterung des Eisenbahnnetzes und der Bau einer Tunnels unter dem Aermelkanal, ferner der Ausbau der französischen Seehäfen, sind die vorgeschlagenen Maßnahmen. Die französische Industrie soll sehr wenig beteiligt werden. Sie soll freie Hand für den Export haben und so zwangsweise auf den Weltmarkt eingestellt werden, während die deutsche Industrie durch Ueberhäufung mit Sachleistungen und gleichzeitiger Abführung deutscher Arbeitskräfte nach Frankreich von der Verbindung mit den ausländischen Märkten abgeschnitten werden soll. Unter diesen Umständen kann das französische Kapital in eine Herabsetzung der Reparationsschuld willigen. Die Mark der zerstörten Gebiete ist dem Kapital gleichgültig. Es will seinen Tribut als Kapital, der Verwendungszweck, mit dem die Reparationen begründet wurden, hat ganz klar als billiger Vorwand herausgestellt, der nur zum Fang der moralischen Kleinbürger bestimmt war. Der Hauptgläubiger will sein wirtschaftliches Uebergewicht um jeden Preis halten. Dies geht besonders aus der Begründung hervor, welche Poincaré dieser neuen Forderung gab. Er ging davon aus, daß „die Mißerfolge (Englands) Deutschlands nur eine Fassade sei". In Wirklichkeit habe die Entwertung der Mark die deutsche Industrie wesentlich bereichert. Die Masse sei zwar verelendet, aber die industrielle Kraft sei dadurch nicht geschwächt. Im Gegenteil alles, was die Alliierten Deutschland genommen hätten, sei ganz ungeheuer gestiegen. Sie nehmen jetzt schon den dritten Platz in der Welt ein. Es habe mit einem Wort seinen Plan der Hegemonie wieder aufgenommen. „Diese Ausgaben Deutschlands könnten nicht mehr geduldet werden." Erst müßten die Schulden bezahlt werden. Zu diesem Zweck verlangt es strengste Kontrolle über die deutschen Finanzen.

Diesem Feldzugsplan gegenüber hat das deutsche Kapital noch keine Gegenmaßregeln getroffen. Der Schachzug der Verlegung der Sachleistungen von den zerstörten auf die hochindustriellen Gebiete Frankreichs ist unerwartet gekommen. Außerdem hat das deutsche Kapital jetzt alle Hände voll zu tun, um die bevorstehende Katastrophe abzuwenden. Es ist alles eher erwartet, als eine solche scharfe Ablehnung der französischen Politik von der Gewalt. Poincaré hat ganz klar und deutlich ausgesprochen, daß er von Sanktionen nichts erhofft. Er sagt wörtlich, daß „nach den optimistischen Berechnungen nur ein paar hundert Millionen Goldmark herausgeschlagen werden könnten". Die Drohung mit der Gewaltpolitik steht auf derselben Höhe wie die Drohung unserer nationalistischen Kreise mit dem Rechtsputsch. In beiden Fällen will weder das Industrie- noch das Finanzkapital die Probe auf das Exempel machen. Das Gewehr genügt ihnen zur Erreichung ihres Zweckes, der Einspannung des Proletariats in den von ihnen gemeinsamen Wiederaufbau. In Deutschland halten sie so das rebellierende Agrarkapital in Schranken. In Frankreich wird der militärische Geist, welcher zur Expansion unbedingt notwendig ist, wachgehalten. Diese Erkenntnis Poincarés wird innerhalb des deutschen Kapitals den Streit, ob Erfüllung oder Erfüllungsverweigerung die richtige Politik sei, von neuem hervorrufen. Den Erfüllungspolitikern ist damit ein Hauptargument entzogen. Trotzdem wird das deutsche Kapital sich für die Fortsetzung des bisher eingeschlagenen Weges entscheiden, weil sich durch die Erfahrung der letzten Jahre bestätigt hat, daß ein abgeschlossenes Deutschland durchaus lebensfähig ist. Besonders der starke Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und die dadurch hervorgerufene Notwendigkeit der Einfuhr, die gesunkene Kaufkraft des Binnenmarktes lassen eine andere Entscheidung überhaupt nicht zu. Die Entente würde eine Stellung der Erfüllungsverweigerung mit der sofortigen Abschnürung Deutschlands beantworten. Dies würde die Lahmlegung der deutschen Industrie und gleichzeitig die Revolution bedeuten.

Das deutsche und das französische Kapital wissen ganz genau, daß die Lösung des deutsch-französischen Problems nur auf dem Wege der Verständigung erfolgen kann. Gewalt würde beiden Teilen die Existenz kosten. Es wird nur noch um den Preis gehandelt. Es ist ganz klar, daß beide mit dem va banque Spiel drohen und alle nationalistischen Saiten spielen lassen. Hier macht nicht der Ton die Musik, sondern sie bildet nur die Begleitung für den Erpressungszweck; Militär-Musik ist nur für das naive Publikum bestimmt; wie werden deshalb bald als Auflösung für den republikanischen den nationalistischen Trommel haben. Vielleicht werden sich auch dafür die sozialistischen Parteien in Einheitsfront einsetzen. Als Arbeitsgemeinschaften werden sie die Interessen des deutschen Kapitals durch das neue Vorbeugungen Frankreichs bedroht sehen, als Paragraphenmenschen werden sie über die Verletzung des Versailler Friedensvertrages scheinen und dabei betonen, daß diesem Verlangen die rechtlichen Grundlagen fehlten. Das französische Kapital wird in jedem Fall verlangen, daß die sehr erheblichen Jahreslieferungen des Londoner Zahlungsplanes innegehalten werden. Es wird jetzt der Kampf um die Herabsetzung der Höhe der Sachleistungen beginnen. Bisher waren das Wiesbadener und das Bemelmann-Abkommen praktisch noch gar nicht in Erscheinung getreten, somit eine Belastung der deutschen Wirtschaft noch nicht erfolgt. Der Druck der Reparationszahlungen auf das deutsche Proletariat wird sich noch verschärfen. Ungeheure neue Steuern werden ausgeschrieben werden müssen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wird es darauf ankommen, ob das deutsche Proletariat die kapitalistischen Zusammenhänge begreift oder ob es rein mechanisch in der Entente die Ursache seiner Ausbeutung erblickt. Es ist nicht zu verkennen, daß die Erkenntnis des Proletariats den Anschlag gibt. Die bisherige Einspannung der beiden sozialistischen Parteien und die KPD. läßt die Befürchtung zu, daß das Proletariat nur den Rebellions- und nicht den Revolutionsweg findet. Die Einheitsfront für die Republik ist der Anfang einer neuen stark revisionistischen Welle. Die KPD. hat damit auch noch außen hin den Anschluß an die SPD. gefunden. Die weitere Entwicklung dieser Partei ist damit bestimmt. Sie muß ebenfalls wie die SPD. und die USPD. die Erlangung einer internationalen Anleihe für Deutschland zur Grundlage ihrer Politik machen; denn Rußland ist an der Gewährung dieser Anleihe stark interessiert, da das deutsche und russische Problem nur einheitlich gelöst werden kann.

Die russische internationale Kommission tagt schon im Haag. Wenn dort geführenen Unterhandlungen wird von der Presse nicht mehr gesprochen. Es heißt nur, daß die französische Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung in Genua aufgestellten Punkten einverstanden erklärt. Die Sowjetregierung hat auch schon eine Antwort der Kreditkommission über die Höhe der für den Wiederaufbau notwendigen Kredite erteilt. Sie verlangt 3 Milliarden 234 Millionen Goldrubel. Interessant ist, die vorgeschlagene Verwendung. Sie gibt den Beweis für den Stand der Wirtschaft. Für die Hebung des Transportwesens werden allein 1 Milliarde 50 Millionen Goldrubel als Minimum in Anschlag gebracht. Der Landwirtschaft sollen 924 Millionen zugeführt werden; für den industriellen Aufbau sollen 750 Millionen Verwendung finden. Der Bericht schließlich soll mit 500 Millionen subventioniert werden. Zur Bezahlung macht der Führer der russischen Delegation Litwinoff geltend, daß das Gesamteinkommen durch den Krieg um fünf Zwölftel vermindert habe. Die verhältnismäßig niedrige Summe gegenüber den früheren Forderungen überrascht. Es ist dies nur aus dem jetzigen Bedürfnis erklärlich. Die Sowjetregierung selbst gesteht zu, daß diese Summe nur für die ersten drei Jahre reichen würde. Sie versucht im Gegensatz zu Deutschland Atempausenanleihen zu erreichen, weil ihre wirtschaftliche Lage völlig anders gestaltet ist und demgemäß auch andere Bedürfnisse hat. Das deutsche Kapital muß seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zur Grundlage seiner Einstellung gegenüber Krediten machen, während das russische Kapital nicht auf einen Export angewiesen ist, sondern im Gegenteil darauf bedacht sein muß, den Erfordernissen des Binnenmarktes zu genügen. Die Sowjetregierung geht sogar soweit, daß sie ganz offen erklärt, kein früherer Gläubiger würde auch nur einen Pfennig wiedersehen, falls die Kredite nicht gewährt würden. Die Situation ist dadurch kritisch, daß die europäischen Staaten gar nicht in der Lage sind, die verlangten Summen aufzubringen. Das amerikanische Kapital will nur seine eigenen Interessen in Rußland gedeckt sehen. Es hat gegen die Kreditgewährung an sich nichts einzuwenden, verlangt aber, daß die Alliierten dabei nicht vergessen, die ihm geschuldeten Beträge abzuzahlen.

Diese Gegensätze sollen im Haag ausgeglichen werden. Die Konferenz wird genau so ergebnislos verlaufen wie die von Genua. Der Kapitalismus kann aus sich heraus keine Lösung bringen.

Was uns die Geschichte lehrt

(Schluß.)

Ohne die Worte allzusehr zu pressen, finden wir schon in der Ansprache der Zentralbehörde an die Mitglieder des Kommunistenbundes im Jahre 1850 im Keime eine Anleitung auf die Tätigkeit. Es wird dort den Arbeitern empfohlen, gegenüber einer kleinbürgerlichen Regierung ihre eigenen „Organe" (Räte) entgegenzustellen. Gewiß war dieser praktische Hinweis nur ein schwacher Keim, der keine weiteren Zweige trieb, und dessen Tragweite sich damals niemand bewußt war. Die volle Bedeutung der Räte kam erst durch die russische Revolution zum Ausdruck. Hier setzten sie sich gegen die ganze bürgerliche und kleinbürgerliche Welt durch. Alle Macht den Sowjets, das war die Parole der russischen Revolution. Sie war der Schlachtruf, unter dem die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit sich vollzog. Alle Macht den Räten, das ist der Schrei der Unterdrückten und Geknechteten in dem Augenblick, wo sie die Grundfesten der kapitalistischen Ordnung zertrümmern. Er ist die Fanfare der Weltrevolution.

Die Räte sind eine Waffe in der Hand des Proletariats gegen den bürgerlichen Staat und die Gesellschaft. Mit ihnen ist es in der Lage nicht nur den Staatsapparat zu übernehmen, sondern gleichzeitig liegt in dem Rätesystem die Form einer neuen gesellschaftlichen Ordnung.

Der bürgerliche Staat mit seinem verknöcherten Parlamentarismus, das ist die Diktatur des Ausbeuterturms; die Macht der Räten, das ist die Diktatur der Ausgebeuteten. Diese proletarische Diktatur ist eine Notwendigkeit für die Periode des Kampfes zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Gegenüber der formalen blutleeren bürgerlichen Demokratie, bilden die Arbeiterräte die lebendige proletarische Demokratie der Arbeiterklasse.

Die Diktatur des Proletariats ist kein Selbstzweck, sondern mittel zum Zweck. Sterben mit der Aufhebung der Privateigentums die Klassen, so wird mit ihnen die Diktatur einer Klasse über die andere entstehen. Die Herrschaft des Menschen über den Menschen schließt um in die Herrschaft der Menschen über die Natur.

Nach dem Prinzip des Rätesystems liegt die ganze Macht in den Händen der proletarischen Klasse. Die schaffende Arbeit von Hand und Hirn ist ihr Träger. Von der Werkbank, dem Amtspult und dem leeren Schoß geht der lebendige Quell aus, der seine Räte speist. Von unten nach oben wird bestimmt, nicht wie in dem alten Obrigkeitsstaat, wo die Untertänigkeit „beschränkten Untertanenverstand" von oben nach unten diktierte. Das Wort von der Befreiung der Arbeiter, die nur die eigenen Werk sein kann, erhält durch die Räte einen vorzüglichen Sinn. Der über die große Masse ragende Führer tritt zurück, die Masse als Ganzes tritt handelnd in größerem Maße auf die geschichtliche Bühne.

In den Händen der Räte liegt die beschließende, vermittelnde und ausführende Gewalt zugleich. Neben ihnen existiert nicht wie in der kapitalistischen Gesellschaft außer den Hausfreunden ein gesetzlicher verzopfter Bureaukratenapparat, der jede geschichtliche Bewegung unmöglich machen kann. Ebensowenig sind die geschichtlichen Gegensätze in den Rätesystem, sich abstrahierend über ihre Wähler hinweg zu setzen, wie die Parlamentarier. Denn in diesem Augenblick können sie an die Gültigkeit der Arbeit zurückberufen werden. So verkörpern sie die unverhüllte Macht der Werktätigen. Es war darum, in den ersten Monaten der deutschen Revolution eine christlich sozialdemokratische Phrase, dieses Gerede von der Verankerung der Räte in der Verfassung. Räte und Parlament stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Diktatur der Arbeiterklasse verkörpert im Rätesystem ist (trotz Mängeln) ohne den Sturz der bürgerlichen Herrschaft nicht möglich. Ebensowenig hat der von den Gewerkschaften gepredigte Gedanke der Betriebsräte etwas mit dem Rätesystem gemein, als höchstens den Namen.

Aus allem geht hervor, welche ungeheure Bedeutung den Räten in der proletarischen Revolution zukommt, aber ihr Wirken geht darüber noch hinaus.

Auf einer bestimmten Stufe der menschlichen Entwicklung erforderte die Verteidigung der allgemeinen Behörlichkeit eine Diktatur. Die verschiedenen Bedürfnisse und Bestrebungen der Tätigkeit machten es unmöglich, daß alle die verschiedenen Arbeiten nach von ein und derselben Person ausgeführt wurden. Ebenso bedingten die körperlichen und verstandesmäßigen Arbeiten eine Trennung. Die Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit führte zur Herrschaft eines Teiles der Menschen über die anderen.

Die moderne Industrie hat eine Maschinentechnik erzeugt, die es ermöglicht, in wenigen Stunden die menschlichen Bedürfnisse vollauf zu befriedigen. Die Vorteile dieser Entwicklung kommen heute nur einer kleinen privilegierten Schicht zugute. Nach Aufhebung des Privateigentums wird der technische Fortschritt auf der Grundlage des Rätesystems die Vergesellschaftung bringen, die Jahrhunderte bestehende Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu überwinden.

Das Rätesystem ist eine der wichtigsten Erfahrungen der Geschichte. Ohne dieses wäre die Revolution nicht zum Siege zu führen.

Wenn die Räte ein Kategorie der russischen Revolution, so liegt auch die Revolution in Deutschland sie deutlich wie sie konkret in allem ist, neue wichtige Probleme.

Um den Klassenkampf zu führen, bedarf es bestimmter Aktionen und Organisationsformen. Diese sind abhängig von den politischen und ökonomischen Verhältnissen. Und mit deren Umwälzung unterliegen sie den Veränderungen. Von der Zeit der Zünfte bis zu den aufsteigenden Kapitalismus sind wir in die Zeit des Zusammenbruchs und der sozialen Revolution getreten. Diese Veränderung bewirkt eine völlige Umwälzung der Methoden und Mittel des Befreiungskampfes. Der bürgerliche Parlamentarismus sowohl als wie die Gewerkschaften wirken nicht mehr revolutionär, sondern konterrevolutionär für das Proletariat. Ihre Zeit ist vorbei. Es ist der Geschichte ehernes Muß. Darüber hilft alles Wimmern auf das Dahingemeinte nicht hinweg. Das ist die wichtigste Erkenntnis, die uns die Revolution in Deutschland lehrte.

Ueberschätzen wir alle diese Dinge, so sehen wir, daß die Geschichte die größte Lehrmeisterin für das Proletariat ist. Die Zahlen, Namen und Daten gewinnen Fleisch und Blut. Sie sind miteinander verschlungen und bewegen sich in fester Wechselwirkung. Noch spielen sich die Dinge nicht so ab, als ob die Arbeiter nur als stille Zuschauer daneben stünden, sondern sie sind selbst Objekte der Geschichte. Mit Gut und Blut müssen sie die Erkenntnisse der Geschichte bezahlen. „Doch zwar ist der Preis, doch echt auch ist die Ware". Sie werden von der Geschichte bewegt, aber es ist trotzdem ihre bitterste Aufgabe, die Erfahrungen zu benutzen, um immer mehr die Welt nach ihrem Willen zu bewegen, denn der Kommunismus ist ebensogut Wissenschaft wie Tat des Proletariats.

Politische Rundschau

Oberschlesien

Nachstehende Zeilen werden uns von dortigen Genossen gesandt:

Ein für die in der heutigen Zeit lebenden Arbeiterklasse höchst unvorteilhaftes Bild. Blutig vom Bruderkampf. Der Zustand, dessen die Arbeiterklasse nicht eingedenk ist, ist handelnd. Wie Not, größer und täglich größer wachsendes Elend, und trotz aller Ermahnungen von aufgeklärtesdenden Arbeitsbrüdern, die sich Bahn brechen wollen in der idealen Auflösung des nationalen Wahnsinnskampfes, die ungeheuer verhallen, jährlich die irregeführten Arbeiter weiter fort in der gegenseitigen Vertretung von den bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungsschollen, alles unbesichtigt lassend und nicht daran denkend, wer die ganzen aus diesem Zustand entstehenden Folgen, die nur Not und bitteres Elend sind, nicht zu tragen haben wird.

Die Presse schreit nur von Banden, und dies geschieht in den rechten wie in den Arbeiterblättern, verschweigen aber wohlweislich, daß die Banden, die sich bilden, hauptsächlich aus Hilfssoldaten, Grenzschutzleuten sind, die beibereits, in Deutsch- oder Polnisch-Oberschlesien mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln unterstützt werden. Im Bruderkampf erreichen diese Zustände bald ihren Höhepunkt. Die Polizei unschuldig Gelassen. Die deutsch und polnisch gesinnten Arbeiterbrüder kennen kein Halt, rufen nur nach Rache und Vergeltung, die nur in ihren eigenen Reihen wütenden die Opfer fordern, und bedenken alles in einer Weise, die für die Zukunft nichts Gutes bringen kann. Die Polizei, die bei der Arbeiterklasse zu gewinnen. Schwerer noch ist einerseits, weil sich gerade die Hoffnung auf die allgemeine Hilfe für den Empfang des Militärs und der Schutzpolizei, der nationale Zusammenhalt, mit Gewalt alle Blätter mit Mächen, die in heuchlerisch anbiedernder Gleisse die Verteidigung der Heimaterde als unbedingt notwendig preisen und nicht müde werden mit der Belehrung für besonders treubrüchige oder treuunfähige, zur Verteidigung Ungewillte, um, aber für zur gelegte Rechtsmittel. Die Verteidiger der Heimatschollen werden als Selbstschutz und Bulanke gesucht und ihre Gesinnungs- bestätigt werden, gegenseitig Provokationen ausgeübten mit besonderem Terror gegen die Arbeiter, welche das Klassenverhältnis verstehen und als linksradikale Rädelsführer verfolgen werden. Die „Deutschland über alles", dort „Polen über heilloses Land der Freiheit" und Behauptung von Gleichmäßigkeit. Mit großem Zentrum und Brimborium werden die nationalen Festlichkeiten abgehalten, und dann wiederum um das Königsschloß mit schreienden Kulturen gebettet. Alles spielt sich ab in einer Zeit, wo größerer Ernst in den Arbeitern zu finden sein müßte, da diese doch als größter Teil organisiert sind. Doch was tun die Organisationen mit ihren wohlerprobten Führern? Sie genehmen den Nationalismus offene Türen und sind mit die Initiatoren und Knotenpunkte dieser für uns Arbeiter verderblichen Politik. Auf beiden Seiten beherrscht zum weitaus größten Teil diese Stabsinnspolitik das Proletariat. Bei Verfolgung dieser unglaublichen Zustände für die Arbeiterklasse muß man zu dem Schluß kommen, daß, falsch wird bald Besinnung, der Arbeiter sich selbst dem Untergang weiht. Nicht genug, daß der langjährige Krieg die beste Lehre für die Arbeiter sein müßte, ist man blind gemacht von neuem den Nachfolgen einer Kriegspolitik zu ermöglichen. Versammelnsfreiheit herrscht nicht mehr für die arbeitende Masse, da in diesen die Wahrheit zum Ausdruck kommen könnte. Ein revolutionärer Erfolgen ist sich voll und ganz der Schwere ihrer Arbeit bewußt, daß die unter Arbeitern bisher vorhandene Energie wird infolgedessen durch den nationalistischen Terror.

Schützt die Republik!

Die Proletarier haben dazu alle Veranlassung, denn diese Republik ist wirklich etwas Herrliches. Denn diejenigen, die den „Putsch" gegen die Reaktion" wirklich ernst meinen, werden wiederum den Schutz der Republik genießen. Wer dies nicht glaubt, der lese:

Alliierter freigelassen!

TU. Berlin, 10. Juli.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Rittmeisterleutnant a. D. von Alliierter gestern aus der Haft des Berliner Polizeipräsidiums entlassen worden.

Weimar, 10. Juli.

Graf Wärtz, der auf Grund einer Verfügung über die Ermordung Rathenaus, die er auf der Strecke einem Bekannten gegeben hatte, verhaftet worden war, wurde gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark wieder freigelassen.

Der Schutz der demokratischen Republik.

Zu dem Darmstädter Putsche vom 27. Juni teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß bisher etwa 60 Beschuldigte vernommen wurden. Von diesen wurden 35 nach der Verhaftung alsbald wieder entlassen. Eine Anzahl Haftbefehlen wurden aufgehoben. Der Staatsanwalt hat bisher Haftbefehle nur gegen solche Personen erlassen, die dringend verdächtigt sind, bei dem Bandenzusammenbruch am 27. Juni Gewaltmaßnahmen dagegen zu haben. Rädelsführern gewesen zu sein, oder sich des Landfriedensbruchs gemacht zu haben. Die Mehrzahl der Verhafteten stammt aus der Umgebung Darmstadts. Der Leiter des Darmstädter Polizeiamtes, Regierungsrat Leutscheser, ist auf unbestimmte Zeit krankheitshalber beurlaubt. Mit Verleihung der Dienstgeschäfte wurde Regierungsrat Pr. Ulinger beauftragt.

Wenn die Proletarier erst begreifen werden, daß der Schutz der Republik gleichbedeutend ist mit dem Schutz der Reaktion selbst, dann es gibt nichts reaktionäreres als die demokratische Republik, dann wird ihnen — ebenso wie uns — terrorisch jede Entäußerung erspart bleiben, und dann werden sie auch erkennen, daß die „Reaktion" mit der demokratischen Republik steht und fällt.

Das neueste Zuchthausgesetz

Die wesentliche Forderung der Gewerkschaften ist jetzt erfüllt. Der Reichstag hat jetzt das „Gesetz zum Schutze der Republik" angenommen. Unter einem Wust von sonstigen Paragraphen, gegen die man ruhig verstehen kann, wenn man Geld genug hat, ist besonders schon der § 2. Er ist für das kämpfende Proletariat bestimmt und selbstverständlich in erster Linie für revolutionäre Organisationen. Man lese:

1. Wer gegen Mitglieder der republikanischen Regierung des Reichs oder der Länder einen Angriff auf Leib und Leben (Gesundheitsgleichen) begeht oder mit anderen verabredet oder dazu auffordert oder aufreizt; 2. wer einen durch solche Gewaltdelikte Getöteten öffentlich oder in einer Versammlung belobigt oder verteidigt; 3. wer öffentlich oder in einer Versammlung ein Verbrechen gegen § 1 einen begangenen Hochverrat oder Gewaltdelikte billigt, die gegen Mitglieder einer republikanischen Regierung begangen worden sind, verbrechen oder ausdrücklich billigt, solche Taten belobnt oder begünstigt;

4. wer an einer geheimen oder konspirativen Verbindung teilnimmt oder sie unterstützt, wenn sie den Zweck hat, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform zu unterwerfen;

5. wer sich einer geheimen oder konspirativen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unerlaubt Waffen besitzen; 6. wer von dem Vorhandensein einer verborgenen Waffen- oder Munitionslagern, Gesschützen, Minenwerfern, Flammenwerfern, Maschinengewehren oder einer verborgenen Maschinengewehrpistole Kenntnis hat und es unterläßt, hiervon der Behörde unverzüglich Kenntnis zu geben. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus, daneben Geldstrafen bis 5 Millionen Mark."

Das ist so deutlich, daß jeder Kommentar überflüssig ist. Das Proletariat wird bald merken, gegen wen die Verfassung geschützt werden muß, und es wird nur dann von dem Gesetz nicht getroffen werden, wenn es vor Hunger umfällt und den letzten Rest von Energie verwendet, um zu brüllen: Es lebe die Republik!

„Außerordentliche Disziplin der Massen"

Das Polizeiblatt von New York gegen Demonstrationen.

Am Tage nach der Berliner Riesendemonstration hat sich der Polizeiblatt von New York, Richard Enright, in Berlin und hatte als Chef der „Europäischen Film-Allianz G. m. b. H." Gelegenheit, vom Dache des Hauses an der Gedächtniskirche die riesenhafte Demonstration der Berliner Arbeiterschaft mit anzusehen. Er erklärte, daß er mit höchster Bewunderung die außerordentliche Disziplin der Massen, und zwar der größten Menschenmassen, die er in seinem Leben gesehen hat, lobe, und daß er diese politische Ordnung um so mehr bewundere, als er vor Jahren als einfacher Polizist in New York gerade mit der Ordnung der Massen zu tun gehabt hätte. Mr. Enright und seine Begleitung erklärten, daß sie einen gewaltigen Eindruck mit nach Hause nehmen.

Diese Meldung bringt der „Vorwärts" ohne Kommentar. Der „gewaltige Eindruck", den der Polizeigewaltige mit nach Amerika nimmt, wird doch nicht etwa den Gedanken hervorrufen, zum Ergehen der Bourgeoisie in Amerika ähnliche Schauspiele zu veranstalten?

Aus der „Roten Fahne"

In diesem Blatte Stellung zu nehmen, hieße bei einer Arbeit beginnen, deren Bewältigung allein in den Tagesspalten füllen würde. Diese Arbeit wäre und ist schon besonders nutlos, weil, wenn die Leser dieser Zeitung durch ihre Zeitung selbst nicht kuriert werden, die Kritik „das noch viel weniger tun kann. Bei der letzten Zeit jedoch scheinen alle Grenzen durchbrochen. Die KPD. setzt ihren Namen unter das Zuchthausgesetz, und fordert die Durchführung desselben, solange sie der Einheitsfront angehört. Sie tobt wie wahnsinnig, nachdem sie hinausgeworfen ist, über „Verrat", und kommt dies Gesetz im Grund und Boden. Erst sollte die Arbeiterschaft dieses Gesetz erdämpfen, und jetzt bekämpfen. „An das kämpfende Proletariat" nennt sich denn auch ein Aufruf, einer von den unzähligen, die sie dem Proletariat feuert. In diesem Aufruf ist für die Politikanten der KPD. die richtige Bezeichnung entstanden, und wer den Aufruf liest, wird finden, daß diese Bezeichnung für niemanden besser paßt, als für die KPD.-Führer. Es heißt da:

„Arbeiter, gestreckt die Maßnahmen gegen die Konterrevolution sind so massiv, zielbewußt sie zu Maßnahmen, die das Verbrechen der Gewerkschaften und der bei Arbeiterparteien entsprechen."

(6. Juli, Abendausgabe.)

Drei Zeilen weiter setzt dann das Urteil über diejenigen, die die Parolen der KPD. ernst nehmen, nämlich:

Ein Narr, wer von dieser Regierung, von diesem Reichstag einen Streich gegen die Monarchisten erwartet, oder ein Schutzgesetz für die Republik, das nicht ein Schutzgesetz wäre des Bellstaats, gegen die Arbeiter."

Ein Kommentar hierzu dürfte wirklich überflüssig sein.

Wer Sorgen hat, hat auch?

Sorgen, daß es wieder einmal nichts wird mit der „Eroberung" der Gewerkschaften, hat abweilsos die Herzen der Oppositionsparteien erfüllt, die zum ersten Gewerkschaftskongreß gefahren sind. Der Kongreß selbst hat diese Sorgen mehr als geradezerstreut. Was ist selbstverständlicher, als daß sich derer, die wieder einmal über den Löffel barbiert wurden, eine gewisse Wut bemächtigt, um so mehr, als dieselben von der „Metallarbeiterzeitung" Nr. 28 folgendermaßen durch den Kelsen gezogen werden:

„Die Delegierten kamen mit wohlgefüllten Aktenmappen angeschleppt. Was sie wohl darin zu tun haben mochten? Handbücherei, Resolutionen über gar Kunsche für Reden und andere Explosivstoffe? Diese Annahme ist so unwahrscheinlich nicht. Denn es ist ja mündlich bekannt, daß mancher Delegierte bereits heilig versprochen, auf dem

Genossen!

In jeder Versammlung, überall wo Proletarier zusammen kommen, muß die

Kommunistische Arbeiterzeitung

sein. Sie ist die beste Waffe, dem konzentrierten Verrat an der Revolution zu begegnen.

Gewinnt neue Abonnenten!

Organisiert überall die Verbreiterung des Leserkreises!

Kongreß beim Vorstand des Gewerkschaftsbundes in proletarischer Deutlichkeit zu sagen, was er, der Vorstand, an Notwendigem unterlassen, an Schädlichem verübt habe. Die Erwägung an die vielerorts in Aussicht gestellte Kritik aber Anlaßgut machte hier und da Besürchtung für den geordneten Verlauf des Kongresses und für das amtliche Dasein der Leiter des Gundesvorstandes keimen lassen. Die Anklage in Kongreßsachen wenigstens mögen solchen Erwartungen gefreut haben. Der lustige Thelmann indes sieht den Dingen mit äußer Gelassenheit entgegen. Aus persönlicher Erfahrung weiß er, daß schon auf der Reise zum Kongreßort viel von der Kritisuch der Brust entfliegt. Und selbst wenn sie ihre volle Füllung bis ins Kongreßlokal bringt, dessen Duft noch für sicher Eintrag tun. Hier tauchen dem Drang zu Kritik und Anklage Hemmnisse, Dämpfungen auf, wovon man daheim auf bekanntem Boden kaum etwas ahnen konnte. Wie leicht war es, daheim in der Mitgliederversammlung das Tor und Tadeln des weit ab der Hörweite stehenden Vorstandes zu kritisieren, wie unwiderleglich wurde die Beweisführung gehalten, wie einhellig war der Beifall, wie selbstverständlich, daß die gleiche Rede auf dem Kongreß die nämliche Wirkung haben werde? Allein, wie kann der Mensch sich trügen! Es braucht kein tagelanges Einatmen der Kongreßluft, um herauszufinden, daß es hier mit der Kritik einiger Gewerkschaftler haben muß, für die Unwiderlegbarkeit der Beweise beglaubigen, und daß für den Glauben an einmütige Zustimmung verteufelt wenig Zeichen sprechen. Die für die Kritik außerhalbe Leitung ist nun innerhalb der Körperschaft, scharfe Kritik ebenso zu erwidern. Ganz abgesehen davon, daß jetzt, wo der Rede die Gegenrede unmittelbar folgt, die alte, die vorgefaßte Meinung oft unhaltbar wird. Zu diesen sachlichen Umständen, die die Betätigung der Kritiksucht hemmen, kommen noch die technischen. Auf dem Wege zwischen Vormeldung und Weiterteilung steht die Guillotine, Debattenschluß genannt, die unmenschlich und menschenfreundlich zugleich wirkt: unmenschlich, weil sie selbst der schönsten Rede den Weg in die Oeffentlichkeit verspert; menschenfreundlich, weil sie manchem Redemitgen den Ruf, ein Redner zu sein, erhält. Zur Meisterung der vielen sachlichen und technischen Hürnisse bedarf es einer gewissen Erfahrung und etwas Geschick, mit deren Aneignung man auch die Erkenntnis erwirbt, daß es mitunter recht gut ist, die in der heimischen Versammlung so heiß gekochte Suppe auf einem Kongreß kalt aufzutragen, soll sie dem, der sie aufträgt, keine Brandwunden erzeugen.

Diese Erwägungen verboten, der vielfach gehegten Annahme beizutreten, daß dieser Kongreß sehr lebhaft, nein stürmisch verlaufen werde. Der Glaube an den ruhigen, sachlichen Verlauf der Verhandlungen konnte auch nicht durch die hohe Zahl von Anträgen, die eine Mißtrauenskundgebung gegen diese oder jene Stelle der Bundesleitung und die Entlassung dieses oder jenes Beamten fordern, erschüttert werden."

Sorgen und Wut sind immer geeignet, sich dem Suff zu ergeben. Der Suff ist wiederum das beste Mittel, die Proletarier im Sumpf zu erhalten. Daß das Proletariat aus diesem Sumpf nie herauskommt, daran haben natürlich die Gewerkschaftsbureaukraten das größte Interesse, und verantwortlich dafür, daß die Oppositionsbieterei nicht ernst wird, sind ja bekanntlich die Oppositionsdirigenten, die dadurch ihre Unentbehrlichkeit beweisen, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Wochenbeilage" derselben Nummer den verkoppelnden Oppositionsgeistern eben empfiehlt, sich lieber dem Suff zu ergeben, als aus den Gewerkschaften auszutreten und sich auf ihr Klasseninteresse zu besinnen.

Diese „Wochenbeilage" bringt nämlich eine große Knallerei über die ganze Seite:

Engelhardt-Biers überall!

Der Buchdruckerstreik beendet

Der Buchdruckerstreik in Berlin ist nach eineinhalbwöchentlicher Dauer beendet. Die Buchdrucker bekommen für die Woche 300 Mark mehr. Ihre Lage ist jedoch, wenn man die Teuerung in Betracht zieht, nach dem Streik trotz der „Zulage" schlechter als vor dem Streik.

Von ihren gewerkschaftlichen Grundsätzen aus gesehen — die Buchdrucker haben 31 Jahre nicht gestreikt — haben die Buchdrucker alles eingesetzt, was ihnen an Macht zur Verfügung stand, und haben der Regierung ein paar schwere Stunden bereitet. Doch die Regierung, die Repräsentantin der demokratischen Republik, ließ keinen Zweifel darüber, daß sie einen Angriff auf die Republik" mit allen Mitteln begegnen wird. Ein Angriff auf die Republik ist eben, wenn durch Arbeitsniederlegungen irgendwelche Schwierigkeiten entstehen, und nicht alles ausgeführt wird, was notwendig ist.

Der Hunger, der Druck der Gewerkschaften und der Regierung, in anderen Worten, die Unmöglichkeit als einzelne Gruppe erfolgreich gegen das Kapital ankämpfen zu können, ließen die Buchdrucker wieder an die Arbeitsstätte zurückkehren, und die Gewerkschaften werden im Stillen hoffen, daß den Buchdruckern das Streiken für eine Zeitlang ausgetrieben ist.

Die einzige Lehre aus dem Buchdruckerstreik ist eben die: ob mit oder ohne Streiks, es geht eben rückwärts, solange nicht der Gedanke sich Bahn bricht, daß die Arbeiterklasse heute nur ein Ziel und eine Parole haben kann: Den Kampf um die Macht als Klasse, als die einzige Rettung. Wenn auch heute noch viele sich sperren und am altbergebrachten hängen, so wird doch die Entwicklung selbst dafür sorgen, daß letzten Endes die Geister revolutioniert werden, wenn nicht anders, so durch Niederlagen.

Der Dalles

Die Finanzgebarung des Reiche. In der dritten Zundebahde betrugen die Reichseinnahmen 2,7 Milliarden, die Ausgaben 8,8 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld ist um 4,3 Milliarden auf 266 Milliarden Mark gestiegen. Für die Reparationsverpflichtungen wurden 168 Milliarden verwendet.

Ausland

Frankreich.

Die französische Presse beurteilt den Mord an Rathenau ziemlich nüchtern. Führende Wirtschaftspolitiker und Industrielle — u. a. Loucheur in zwei verschiedenen Zeitungen — sagen fast übereinstimmend, daß die deutsche Arbeiterklasse infolge ihrer Niederlage versuchen wird, den „Kintsumsturz" zu vollziehen. Loucheur selbst spricht dies am deutlichsten aus. Er meint sogar, daß das Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Wochenbeilage" derselben Nummer den verkoppelnden Oppositionsgeistern eben empfiehlt, sich lieber dem Suff zu ergeben, als aus den Gewerkschaften auszutreten und sich auf ihr Klasseninteresse zu besinnen.

Diese „Wochenbeilage" bringt nämlich eine große Knallerei über die ganze Seite:

Engelhardt-Biers überall!

Der Buchdruckerstreik beendet

Der Buchdruckerstreik in Berlin ist nach eineinhalbwöchentlicher Dauer beendet. Die Buchdrucker bekommen für die Woche 300 Mark mehr. Ihre Lage ist jedoch, wenn man die Teuerung in Betracht zieht, nach dem Streik trotz der „Zulage" schlechter als vor dem Streik.

Von ihren gewerkschaftlichen Grundsätzen aus gesehen — die Buchdrucker haben 31 Jahre nicht gestreikt — haben die Buchdrucker alles eingesetzt, was ihnen an Macht zur Verfügung stand, und haben der Regierung ein paar schwere Stunden bereitet. Doch die Regierung, die Repräsentantin der demokratischen Republik, ließ keinen Zweifel darüber, daß sie „einen Angriff auf die Republik" mit allen Mitteln begegnen wird. Ein Angriff auf die Republik ist eben, wenn durch Arbeitsniederlegungen irgendwelche Schwierigkeiten entstehen, und nicht alles ausgeführt wird, was notwendig ist.

Der Hunger, der Druck der Gewerkschaften und der Regierung, in anderen Worten, die Unmöglichkeit als einzelne Gruppe erfolgreich gegen das Kapital ankämpfen zu können, ließen die Buchdrucker wieder an die Arbeitsstätte zurückkehren, und die Gewerkschaften werden im Stillen hoffen, daß den Buchdruckern das Streiken für eine Zeitlang ausgetrieben ist.

Die einzige Lehre aus dem Buchdruckerstreik ist eben die: ob mit oder ohne Streiks, es geht eben rückwärts, solange nicht der Gedanke sich Bahn bricht, daß die Arbeiterklasse heute nur ein Ziel und eine Parole haben kann: Den Kampf um die Macht als Klasse, als die einzige Rettung. Wenn auch heute noch viele sich sperren und am altbergebrachten hängen, so wird doch die Entwicklung selbst dafür sorgen, daß letzten Endes die Geister revolutioniert werden, wenn nicht anders, so durch Niederlagen.

Der Dalles

Die Finanzgebarung des Reiche. In der dritten Zundebahde betrugen die Reichseinnahmen 2,7 Milliarden, die Ausgaben 8,8 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld ist um 4,3 Milliarden auf 266 Milliarden Mark gestiegen. Für die Reparationsverpflichtungen wurden 168 Milliarden verwendet.

Ausland

Frankreich.

Die französische Presse beurteilt den Mord an Rathenau ziemlich nüchtern. Führende Wirtschaftspolitiker und Industrielle — u. a. Loucheur in zwei verschiedenen Zeitungen — sagen fast übereinstimmend, daß die deutsche Arbeiterklasse infolge ihrer Niederlage versuchen wird, den „Kintsumsturz" zu vollziehen. Loucheur selbst spricht dies am deutlichsten aus. Er meint sogar, daß das Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß

hinter der Demokratie stehe. Solange das nach der Fall sei, sei keine Gefahr im Verzuge. Reagiere die Arbeiterklasse nicht mehr auf die demokratischen Hilfsrufe — die müssens nur von den Gewerkschaften ausgingen —, so sei ihre Zeit gekommen, zusammen mit der Demokratie das Proletariat niederzuschlagen. Sie würden dann versuchen, die Regierung an sich zu reißen. Loucheur und andere prophezeien, daß das Proletariat siegreich bleiben werde.

Die Franzosen können nicht die trockenste Heiterkeit des deutschen Proletariats und seine Besessenheit in die Gewerkschaften. Und dann wird Herr Loucheur schon sein besonderes Plänchen mit diesen „Prophezeiungen" verfolgen.

England.

Das englische Kapital lobt die deutschen Proletarier.

„Daily Mail", ein führendes politisches Blatt, erfährt, das britische Schatzamt prüfe ein Memorandum der Reparationskommission über die Möglichkeiten für Deutschland, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sowie über die besten Methoden für die Steuerpolitik der deutschen Regierung. Reuter erfährt bezüglich der Lage in Deutschland infolge der Ermordung Rathenaus, daß in maßgebenden Kreisen in London keine besonderen Furcht vor den deutschen Reaktionären herrsche. Die führenden Kreise des deutsch-monarchistischen Anhanges, die Fürsten Preß, Hendel von Donnersmarck, Graf Schaffgotsch und viele andere, seien Industriemagnaten und bestaht auf die demokratische Wirtschaftsform angewiesen. Gerade die republikanische Regierung sei ihnen nötig, ihr „Industrie-Prestige" zu erhalten und zu stärken. Nur durch die demokratische Staatsform können sie den monarchischen Gedanken weiterreisen.

Die Ansicht führender französischer Industrieller und politischer Zeitungen, die einen Umsturz von links als sicher und regelrich hinstellen, sei zu schwarz gesehen. Die deutschen Arbeiterparteien seien disziplinierten und die Massen befinden sich fest in den Händen ihrer Führer. Das habe der Mord an Rathenau von neuem bewiesen. Die deutschen feudalistischen Kreise werden vielmehr warten, bis die Arbeiterklasse sich gegen die demokratische Regierung aufsetzt, um dann zusammen mit dieser gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Auf diese Weise hoffen die Monarchisten, in Deutschland auf legale Weise ans Ruder zu kommen.

Indien.

Die indischen Seeleute haben im vorigen Winter ihren ersten großen Streik ausgefochten. Dieser war aber in der Hauptsache von einheimischen Nationalisten geführt und galt als Boykottbewegung gegen England. Nach Beendigung des Streiks fand eine große patriotische Feier statt, in welcher die Seeleute den einheimischen Granden ihre Ergebenheit bekundeten.

Der allserbende Kapitalismus wirkt sich aber auch in dem industriell noch weniger erschlossenen Indien aus. Das indische Proletariat lernt langsam erkennen, daß nicht nur der englische Kapitalismus sein Feind ist, sondern der Kapitalismus überhaupt. Die indischen Seeleute, die noch vorigen Winter den indischen Granden huldigten, sind jetzt gegen diese in den Kampf getreten.

In Indien streiken 30 000 Seeleute.

Die Hindus sind damit bewußt aus dem Stadium des Rassenkampfes in den Klassenkampf getreten.

Amerika.

Der „Vorwärts" meldet aus Amerika:

„Vom amerikanischen Bergarbeiterstreik. Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften John Lewis und der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten frühstückten gestern mit dem Präsidenten Harding und erörterten den amerikanischen Bergarbeiterstreik".

Dieser mit dem Präsidenten der amerikanischen Milliardäre frühstückende John Lewis — ein wahres Muster eines „Arbeiterführers" — verlangte dennoch „Grundlagen" für Lohnzahlungen. Sicher werden die Kohlenmagnaten auch schon bisher „Grundlagen" für ihre Stinnesentschädigungen gehabt haben.

Während Lewis beim Präsidenten seinfrühstückte, brachtete man aus Amerika:

„Bei den großen Kämpfen zwischen streikenden Bergarbeitern und Streikbrechern in Illinois wurden, wie aus Washington telegraphiert wird, 26 Bergarbeiter getötet, andere schwer verwundete liegen im Sterben. 24 werden vermißt. 16 Streikbrecher wurden auf der Flucht erschossen, 4 zu Tode gepriegelt. Die 24 vermißten Streikbrecher werden von den Streikenden in einem in der Nähe befindlichen Walde gefangengenommen. Die Schlacht ist unbekannt. Die städtischen Behörden erklären, daß sie die Situation beherrschen."

In großen Teilen Amerikas stehen auch die Transportarbeiter und Eisenbahner im Sotdarkstreik für die Kohlenarbeiter und zum Abwehrkampf gegen die Demokratie, die sie zu erdrosseln droht.

In kurzem dürfte in Amerika Verkehr und Industrie stillegen, wenn es den Flüchten dem Gottesfürchtigkeit nicht noch im letzten Augenblick gelingt, die Proletarier einzumöchlen.

Argentinien, Südamerika.

In Argentinien befanden eine große Anzahl Gewerkschaften, die ziemlich abhängig von den Parteien waren. Es bestanden zwei Gewerkschaftsbünde; der Argentinische Gewerkschaftsbund (Federacion Obrera Regional Argentina) und der von Moskau abhängige „kommunistische" Gewerkschaftsbund (Federacion Obrera Regional Argentina Communista). Dieser hat sich jetzt den allen reformistischen unterworfen. Die „Politik" dieser beiden famosen argentinischen „RGDs" unterschied sich bisher nur in der Art des Schimpfens. Nunmehr sind sie auch organisatorisch eins. Die Parteien sind desselben Kalibers. Sie sind jetzt so gut wie den Gewerkschaften unterschied.

Diese kleine Gewerkschaften haben indes den Kuhhandel nicht mitgemacht. Einige schon liefen sich bisher von Moskau nicht bestechen und anderen sind nachträglich die Augen geöffnet. Man kann annehmen, daß ein kleiner gesunder revolutionärer Kern entsteht.

Italien.

In Italien verbandelt die Bureaukratie der Metallarbeiter in Permanenz seit Monaten. Durch wiederholte Abstimmungen gelang es ihr, die Proletarier hinzuhalten. Nunmehr ist ihnen die Geduld ausgegangen. Der Generalstreik ist ziemlich vollständig. In allen Industriezweigen der Metallindustrie ruhen die Betriebe. Die Bureaukratie hat dem Arbeitsminister das Versprechen abgegeben, für Disziplin zu sorgen. Man hofft immer noch, der Bewegung Herr zu werden. Und sicher wird es ihnen auch gelingen, wenn das Proletariat als Klasse es nicht erkennt, daß ein „Generalstreik der Metallarbeiter" ein Nonsinn ist. Wenn die Proletarier nicht erkennen, daß in diesem Stadium ihr größter Feind die Gewerkschaften sind. Erst wenn sie diese restlos zertrümmert haben, wird es ihnen gelingen, die Bonzen zum Teufel zu jagen und die Kapitalisten hinterher.

In Spanien

Kreisen die Metall- und die Kohlenarbeiter. Derselbe und Industrie sind zu einem großen Teil in Mittelbetrieben gegangen.

Rumänien.

In Rumänien hat sich dasselbe Schauspiel vollzogen wie in Argentinien. Die Moskauer Gewerkschaftszentrale hat sich in Rumänien unterworfen. Es besteht nunmehr auch in Rumänien nur eine Gewerkschaftszentrale. Auch hier beherrschen die Gewerkschaften die Parteien.

Tschechoslowakei.

Hier ist es noch nicht ganz so weit als in Argentinien und Rumänien. Organisatorisch besteht zwar nur ein Gewerkschaftsbund. Und dieser maßregelt rücksichtslos ganze Gewerkschaften, wenn sie nicht für „Disziplin" in ihren Reihen sorgen. Einige Gewerkschaften, so neuerdings die Holzarbeiter und Bankarbeiter, haben sich für Moskau erklärt und sind deswegen ausgeschlossen. Sehr andere Gewerkschaften protestierten dagegen. Die Zentrale droht, sie zu auflösen, wenn sie ihre Schimpfereien gegen die Unternehmer ändern.

Politisch herrscht in der Tschechoslowakei — wenigstens im Parlament — Kampfstimmung. Hier gibt es ebenfalls „revolutionäre" Parlamentarismus und solchen, der seine Meinung mit dem Munde äußert (und hinterherum, außerparlamentarisch handelt). Gelegentlich einer Regierungsvorlage über die Nationalisierung der Rustig-Zepliner Eisenbahn gerieten sich die Richtungen gewaltig in die Haare. Die „revolutionären" Parlamentarier, die für den Staatskapitalismus sind, erhielten nach ihrem System Reinnecke. Es gelang ihnen zusammen mit der Parlamentswache (!), die Verteidiger des privaten Kapitalismus aus dem Saal zu werfen! Einem Antrag des Präsidenten, den Ausgeworfenen (Deutschnationalen) die Diäten für den Monat Juni zu entziehen, stimmten indes die „Kommunisten" nicht zu. In diesem Punkt herrscht Solidarität. Der Antrag wurde trotz der „revolutionären" Widersprüche angenommen. Die Eisenbahn wurde dann — parlamentarisch verstaatlicht.

Oesterreich.

In dieser Woche erhöht sich in Wien der Preis für einen Laib Brot von 13 000 auf 16 000 Kronen. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung der Indexziffer für die Lebenshaltung bereits beinahe 100 Prozent, mehr als 20 Prozent.

In Oesterreich gehen die Verhältnisse in rasenden Tempo ihrem Verhängnis entgegen. Wir werden über die österreichischen Verhältnisse in einem besonderen Artikel berichten.

Tschechoslowakei.

Hier ist es noch nicht ganz so weit als in Argentinien und Rumänien. Organisatorisch besteht zwar nur ein Gewerkschaftsbund. Und dieser maßregelt rücksichtslos ganze Gewerkschaften, wenn sie nicht für „Disziplin" in ihren Reihen sorgen. Einige Gewerkschaften, so neuerdings die Holzarbeiter und Bankarbeiter, haben sich für Moskau erklärt und sind deswegen ausgeschlossen. Sehr andere Gewerkschaften protestierten dagegen. Die Zentrale droht, sie zu auflösen, wenn sie ihre Schimpfereien gegen die Unternehmer ändern.

Politisch herrscht in der Tschechoslowakei — wenigstens im Parlament — Kampfstimmung. Hier gibt es ebenfalls „revolutionären" Parlamentarismus und solchen, der seine Meinung mit dem Munde äußert (und hinterherum, außerparlamentarisch handelt). Gelegentlich einer Regierungsvorlage über die Nationalisierung der Rustig-Zepliner Eisenbahn gerieten sich die Richtungen gewaltig in die Haare. Die „revolutionären" Parlamentarier, die für den Staatskapitalismus sind, erhielten nach ihrem System Reinnecke. Es gelang ihnen zusammen mit der Parlamentswache (!), die Verteidiger des privaten Kapitalismus aus dem Saal zu werfen! Einem Antrag des Präsidenten, den Ausgeworfenen (Deutschnationalen) die Diäten für den Monat Juni zu entziehen, stimmten indes die „Kommunisten" nicht zu. In diesem Punkt herrscht Solidarität. Der Antrag wurde trotz der „revolutionären" Widersprüche angenommen. Die Eisenbahn wurde dann — parlamentarisch verstaatlicht.

Aus der Partei

Funktionärversammlung Groß-Berlins

Eine am Montag, den 10. Juli, tagende Funktionärversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nahm Stellung zur Situation und zu den Aufgaben der Partei.

Der erste Punkt, in dem allgemein die Meinung vertreten war, daß die Periode des „Kampfes gegen die Reaktion" in das zweite Stadium getreten ist, das heißt in das Stadium der Kabinettsbildungen. Die Gewerkschaften haben ihr Ziel, ein Kampfgesetz gegen das antistimmende Proletariat, erreicht. Ihre Aufgabe besteht jedoch darin, neben der Aufgelösung des Reichstages die Partei und die Union — angesichts der in der nächsten Zeit durch die katastrophale Not entstehenden Zusammenbrüche — fest zu stabilisieren und aktionsfähig zu machen. Damit wir in den kommenden Kämpfen nicht allein dem Feind stehen. Zum Punkt Gewerkschaftsfragen wurde neben anderen Arbeiten hauptsächlich die Zeitungsfrage ausführlich behandelt. Es wurde ein Antrag angenommen.

„Der Mitgliedschaft zu empfehlen, einen einmaligen Beitrag von sechzig Mark pro arbeitenden Mitglied für die Presse einzuheben. Preßfonderkarten, die vom ZK. herausgegeben werden, in dieser Höhe zu entwerfen und bis 15. August abzurechnen."

Der ZK. wurde beauftragt, dafür zu sorgen, daß auch die Genossen im Reiche die Opfer, die die Berliner Organisation für die Presse auf sich nimmt, mit zu tragen.

In den Berichten aus den Unterbezirken kam zum Ausdruck, daß die KPD. nicht mehr nur, sondern durch öffentliche Versammlungen und in den Betrieben erfolgreich eingriff, wenn auch von allen Seiten betont wurde, daß der Kampf erst beginne.

Es zeigte sich jedoch, daß noch Unscheiden einiger Betriebe die Partei nicht gefüllen hat, was Berlin anbetrifft, und die KPD. über alle Hindernisse hinweg ihren Weg geht.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin N 7, Nr. 490 29.

Wichtige Neuerscheinungen.

(Preise freibleibend.)

M. Philips Price: Die russische Revolution, Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919, brosch. 18 M., geb. 35 M.

Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, eine neueste Aufl., 12 M.

Die russische Revolution und die Kommunistische Partei, 9 M.

K. Korsch: Zehnthesen zum Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert, 5,50 M.

Brupbacher: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.

K. Korsch: Karl Marx, die materialistische Geschichtsauffassung, broschiert 16 M.

Kritsch: Marx und Freud, brosch. 5 M.

Karl Marx: Klassenkämpfen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 13 M.

Lenin und Sinowjew: Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914—1917), brosch. 30 M.

Karl Marx: Inaugurraladresse, nen herausgegeben von Kautsky 5 M.

Trotzki: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht! 5 M.

Rudolf Abraham: Die Theorie des modernen Sozialismus 21 M.

Bucharin: Oekonomik der Transformationsperiode, brosch. 20 M., gebunden 30 M.

Hübner: Das Lesebuch der Republik 13 Mark.

Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, 4 M.

Varga: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren, 4 M.

Russische Korrespondenz Nr. 1—3, Jg. 1922, 20 Mark.

Rothk: Zerstörung der Persönlichkeit, 35 M.

Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6

Postscheckkonto: Berlin 49 029.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Pieck Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Druck: Carl Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roßer, Berlin, Alexanderstraße 11.

3. Jahrg. Nr. 50. Preis 3 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Parteien Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29.

Abonnementspreis für Groß-Berlin 25 Mark monatlich, — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 32,— M. monatlich, nach dem Ausland 60,— M. monatlich.

Die Klassenschichtung der deutschen Bourgeoisie

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat sich daran gewöhnt, die Bourgeoisie als eine einheitlich ihm gegenüberstehende Klasse zu betrachten, gegen die sie den Klassenkampf führt. Den Kampfen innerhalb der einzelnen Schichten mißt sie geringere Bedeutung zu, als ihnen tatsächlich zukommt. Während der Herrschaft des Kapitals sind diese Gegensätze anscheinend für die Struktur der Wirtschaft. Eine Schicht löst die andere ab, und die Entwicklung innerhalb des Systems bestimmt sich danach. Der Sturz einer Schicht durch die andere spielt sich in revolutionäre Formen ab. Um nächsten liegt uns der Kampf zwischen dem deutschen Agrar- und dem Finanzkapital. In allen Auseinandersetzungen sind die Proletarier mit der revolutionisierenden Bourgeoisie marschiert. Man denke nur an die Kämpfe des Jahres 1848 und die glorreiche Revolution des November 1918. Hier haben die Proletarier die alte herrschende Kapitalisten-schicht zugunsten einer neuen gestürzt. Dies ist das objektive Ergebnis, welches man gerade in diesen Tagen am besten feststellen kann. Als sich die gestürzten Götter gegen die Eroberer wendeten, da stellten sich die Proletarier schützend vor ihr „Finanzkapital". Solange sich die Kräfte nicht von der revolutionierenden Bourgeoisie trennen, kommt es überhaupt zu keiner Revolution. Dieses Wort von Kropotkin paßt glänzend in die heutige Situation. Die KAPD. ist die einzige Arbeiterpartei, welche diese Trennung verlangt. Nur sie ist berechtigt, sich revolutionär zu nennen, weil sie eine Teilnahme an den Kämpfen der Bourgeoisie ablehnt und die Forderung aufstellt, daß das Proletariat den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt. Wie das deutsche Proletariat sich 1914 schützend vor die Monarchie stellte und die Gewerkschaften sich mit aller Macht dafür einsetzten, so wiederholte sich dasselbe Spiel im Juni 1922. Damals verlangte allein Karl Liebknecht den Sturz der Regierung, an seine Stelle ist heute die KAPD. getreten. Die KPD. ist in die Reihen der Sozialdemokratie zurückgegangen unter Verleugnung ihres bisherigen Weges. Sie ist zu den Massen der SPD. und USPD. hingeschlichen und bildet mit ihnen eine Einheit zum Schutz der kapitalistischen Republik. Da sie nicht den Massen den Weg zu ihrer Befreiung zeigen will und wegen ihrer Abhängigkeit vom kapitalistischen Rußland auch nicht kann, muß sie das Proletariat an das Kapital verraten. Sie mißbraucht dazu in der gemeinsten Weise die ihr durch die Namen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anhaftende revolutionäre Tradition. Es ist schon häufig festgestellt worden, daß das Kapital aus der Defensive zur Offensive übergegangen ist. Es ist sogar noch bedeutend weiter gegangen, es hat den Mut, seine eigene Streitigkeiten auszutragen und das Proletariat für seine Umschichtungen einzufangen. Durch die Drohung mit der Reaktion sucht es sich wieder ein staatserhaltendes Proletariat zu schaffen. Das „Surra" für Wilhelm wird durch den neuen Schlachtruf „Hoch die Republik" abgelöst.

Das Finanzkapital mußte dem für es kämpfenden Proletariat eine erhebliche Machterweiterung zutreiben, damit es bei der Stange blieb. Es hieß die Sozialisierung versprechen, eine Zahlung einer sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Minister, Generalstaatsanwälten zum Kauf. Die Sozialdemokratie wurde mit einem Mort regierungsfähig. Die Gewerkschaften werden die Stützen des Staates. Das Agrarkapital hatte Unterlassen erfragen, die regiert werden wollten. Es hatte die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt und es auch zum müssen, weil es in ihr eine Stütze des Finanzkapitals erblickte, weil es weiter, weil die Gewerkschaftsbewegung kapitalfeindlich war. Das Finanzkapital konnte nur im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften die Herrschaft des Agrarkapitals brechen. Deshalb verbündete es sich kurz vor der Revolution zur Arbeitsgemeinschaft. Sie war von vornherein als Block gegen das Agrarkapital gedacht und wirkte auch so. Das Finanzkapital und das von ihm abhängige Industriekapital erkannten, daß der revolutionäre Zusammenbruch die beste Gelegenheit zum Sturz des Schlosses durch die Zwangswirtschaft gelähmten Agrarkapitals bot. Das Risiko war um so geringer, als es auch das Kleinbürgertum von dem Zaunen der durch die Monarchie für ihr Fortkommen aufgerichteten Schranken eine stärkere Entwicklung ermöglichen versprach. Das untere Beamtentum hoffte, durch freie Bahn dem Tüchtigen in die bisher dem mittleren Bürgertum und der Aristokratie vorbehaltenen Stellungen einzurücken. Der kleine und der mittlere Bauer erwarteten die Befreiung von den besonders auf ihnen lastenden Militärlasten und der Willkür der Großagrarier. Die Landarbeiterschaft wollte die Fesseln der Gesindeordnung und der Leibeigenschaft sprengen. Die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiteraristokratie wollte an Stelle des proletarischen Daseins die Idylle des Kleinbürgers sich verschaffen. Für alle diese rein kapitalistisch fühlenden Elemente war der Boden für ihre individualistische Betätigung zu eng geworden. Sie traten deshalb mit dem Proletariat in den Kampf ein. Der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft versuchte, die Revolution über das von der Bourgeoisie gesetzte Ziel hinauszutreiben und erreichte dadurch weitgehende Zugeständnisse. Diese konnten nur durch harte Kämpfe erzwungen werden im Gegensatz zu einem Teil des Proletariats, welcher die verhältnismäßig sicherere kapitalistische Existenz dem Kampf um den Kommunismus vorzog. Mit Hilfe dieser proletarischen Schicht gelang es der geschlossen dastehenden Bourgeoisie, das revolutionäre Proletariat niederzuknüppeln und ihre Herrschaft zu fundieren. Nachdem der Druck nachgelassen hatte, begann der Abbau der vom Proletariat erkämpften Rechte. Er ging Hand in Hand mit der Zuberstellung der Industrie. Je mehr sich die Bourgeoisie in die neu-

Der Bankerott der „Bannerträgerin"

Der Bankerott der USPD. ist im wahrsten Sinne des Wortes der Bankerott der radikalen Phrase. Man muß es dieser Partei lassen, daß sie getreu ihren Grundsätzen zu sterben weiß und selbst ihren Tod noch mit einer Phrase entschuldigt. Denn die Worte: „Der Eintritt der USPD. in die Regierung bedeutet einen außerordentlichen Schritt in einer außerordentlichen Situation" beleuchten treffender als alles andere das innere Wesen dieser Partei.

Das sicherste Kennzeichen des Opportunismus ist, das er zuweilen an radikalen Worten alles überbietet. Wer erinnert sich nicht der hochtönenden Sprüche auf ihrem letzten Parteitag. Die Ausgrabung der Resolution, die aufs neue mit den Worten „Diktatur des Proletariats" und „Rätesystem" um sich wirft, anläßlich des letzten Redaktionswechsels war zweifellos der Höhepunkt innerlicher Heuchelei und geistiger Korruption. Denn, kann es anders sein, wenn ein Ereignis, wie der Mord an Rathenau genügt, die mit ungeheurem Lärm immer wieder aufs neue verkündeten Grundsätze über Bord zu werfen?

Der Schritt, den die USPD. ging dadurch, daß sie die bürgerliche Demokratie als ihr Programm verkündete, ist die einzig entschlüpfte Zur Feier ihrem Bestehen. Aber nur die konkrete Handlung, nicht die Begründung. Die Frage, die für die Arbeiterklasse während der Revolution zur Diskussion stand, ist gerade nach dem Programm der USPD.: Bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats? Daß irgend ein alltägliches Vorkommnis genügte, um der „Einigkeit" willen Grundsätze als das zu offenbaren, was sie waren, nämlich ein Fetzen Papier, ist ein Beweis, daß dieselben nur das Blechschild waren, das dem Proletariat angesetzte, was bei der „Bannerträgerin" gründlicher hat sich wohl noch nie eine Partei selbst verhöhnt — alles zu haben war.

Die USPD. war die Partei der Illusionen des Proletariats. Sie vereinigte die „Besserwisser", wie Lenisch in der „DAZ." schreibt. Sie war die Partei des Widerspruches, die alle Elemente in sich vereinigte, die der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruches wohl etwas aus dem Häuschen brachte, die aber in demokratisch-pazifistischen Vorstellungen, Illusionen liebten und nicht die Kraft fanden, sich durchzuringen durch den kleinbürgerlichen Sumpf; die alles von einer einmaligen „Aktion" hofften und zu dieser selbst noch das Zeichen ihrer „Aktion" Leitung erwarteten, die nur deswegen vorgespiegelt wurde, um eben die Illusionen und damit die Partei zu halten.

Die Spaltung, die die USPD. in Halle in zwei Teile zerschlug, deren einer Teil heute die KPD. vorstellt, sie war der Anfang vom Ende, das jetzt erreicht ist. Die Crispien und Edebour, die gesamte Parteibürokratie, sie hatten bereits die ganze Schwere der proletarischen Revolution gerade in Deutschland erkannt. Sich gerade dem deutschen Proletariat an die Spitze zu stellen und gleich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit allen Mitteln gerade dieses Proletariat von seiner geistigen Abhängigkeit dem Kapital gegenüber zu befreien, dazu waren sie selbst zu sehr gerade der Ausdruck des verbürgerlichten Teiles der Arbeiterklasse. Die sich zuspitzenden Klassengegensätze trieben zu einer Entscheidung. Es galt also, den Kurs nach rechts zu drehen, denn die Proletarier, die sich nun der schon halb liquidierten russischen Revolution der 3. Internationale ansch